



Das deutsch-tschechische Verhältnis

(Seite 4)

Teures Eigentor des „Spiegel“

(Seite 6)

Tribüne der Meinungen

(Seite 12)

Jeder vierte junge Sudetendeutsche möchte heim ins Vater-Land

Ohne Übertreibung sensationell sind die Ergebnisse einer für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom EMNID-Institut durchgeführten Meinungsumfrage: Liest man nämlich die Umfrage nicht in der „Spiegel-verkehrten“ Darstellung, lassen sich darin höchst überraschende Zahlen finden. So etwa, daß von den 18 bis 24jährigen Sudetendeutschen jeder Vierte im Heimatland seines Vaters leben möchte!

„Würden Sie gern wieder in Ihrer alten Heimat oder der Heimat Ihrer Eltern leben, wenn dies möglich wäre?“, hatte das EMNID-Institut gefragt. Abgesehen davon; daß die Einschränkung „...wenn dies möglich wäre“ angesichts der politischen Realität die Frage fast schon zu einer Suggestiv-Frage macht, antworteten 9,9

Prozent der Befragte mit Ja. Insgesamt ergibt das ein Potential von 340.000 Rückkehrwilligen. Daß die Rückkehrwilligkeit bei den Jungen besonders stark ausgeprägt ist, dürfte den „Spiegel“ nicht besonders überrascht haben: Das Nachrichtenmagazin erwähnte gar nicht, daß 24,7 Prozent der 18- bis 24jährigen gern in die alten Heimat gehen würden. Das enge Verhältnis der „Jungen“ zum Vater-Land kommt auch darin zum Ausdruck, daß 25 Prozent der Befragten aus dieser Altersgruppeangaben, regelmäßig an sudetendeutschen Veranstaltungen teilzunehmen.

Manipulativ ging der „Spiegel“ auch mit den Antworten auf folgende Frage um: „Fordern Sie von den Tschechen Entschädigung für enteig-

netes Eigentum?“ 18 Prozent bejahten diese Frage, 76 Prozent sagten Nein. Womit für den „Spiegel“ feststand, daß drei Viertel der Sudetendeutschen die Haltung der Landsmannschaft ablehnten. Freilich müßte man in die Bewertung dieses Ergebnisses auch eine psychologische Komponente mit einkalkulieren: Wem man fünfzig Jahre lang erklärt, daß er nichts fordern kann oder daß seine Forderung, wenn er sie denn erheben werde, aussichtslos sein wird, der wird irgendwann einmal diese Forderung gar nicht mehr stellen. Hinzu kommt, daß nur etwa 15 Prozent der Vertriebenen über Immobilieneigentum verfügt hatten.

Weitere interessante Details aus der Umfrage lesen Sie auf Seite 6.

Das Bild der Heimat



Von der alten Burganlage in ELBOGEN sind wehrhafte Gebäude erhalten geblieben, wenn auch die Jahrhunderte ihr Aussehen verändert haben, so auch der Bergfried. Er überragte zunächst die Verteidigungswerke, wurde jedoch am Ende des Mittelalters in den hohen Gebäudering der Schlickschen Bauten so einbezogen, daß er sich nur noch in dem Turmdach über sie erhob. Nach einem Umbau 1925 war der Turm mit dem Markgrafenhaus verbunden, das bereits im Schlickschen Erbvertrag von 1489 erwähnt wird.

Priebkes gibt es viele

VON MANFRED MAURER

UNTERGETAUCHTE Nazi-Verbrecher müssen auch 51 Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs noch immer damit rechnen, daß irgendwann jemand an der Tür klopft, sie festnimmt und vor Gericht stellen läßt. Es ist eine Art lebenslange Strafe für Hitlers Schergen, daß sie bis zu ihrem Ende fürchten müssen, irgendwann doch noch von der Vergangenheit eingeholt zu werden. Den SS-Hauptsturmführer Erich Priebke hatte es im vergangenen Jahr in Argentinien erwischt. Dem 82jährigen Mann wird gerade in Italien der Prozeß wegen des 1944 verübten Massakers an 335 italienischen Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom gemacht. Vielleicht ist das ein später, wenn auch schwacher Trost für die Angehörigen und Nachkommen der Opfer. Auch wenn die Suche nach Wahrheit und gerechter Strafe nach so langer Zeit schwierig, vielleicht sogar unmöglich sein wird – zumindest den Versuch ist jeder Rechtsstaat den Opfern von Rechtlosigkeit schuldig.

LEIDER IST DIESES Prinzip aber kein allgemeingültiges. Vielmehr scheint sich aus der allgemein weitgehend akzeptierten Beurteilung der nationalsozialistischen Verbrechen als einzigartige historische Erscheinung auch ein einzigartiger Umgang mit den Exponenten dieses Systems herausgebildet zu haben.

ZWAR WURDE mit der Installierung des Internationalen Tribunals für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien der Versuch unternommen, die Greuelthaten am Balkan juristisch aufzuarbeiten. Doch obwohl diese Verbrechen bestens dokumentiert und die Täter bzw. Befehlsgeber bekannt sind, kann von einer uneingeschränkten Verfolgung keine Rede sein. Die Großen läßt man laufen. Radovan Karadzic wurde von den bosnischen Serben gar zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Die Proteste europäischer Regierungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Wirklichkeit niemand ein Interesse an einer Festnahme des Serbenführers hat. Und Slobodan Milosevic, jener Mann, der diesen schrecklichen Krieg vom Zaun gebrochen hat, gilt mittlerweile schon wieder als salonfähiger Mann des Friedens. Diese Leute haben deshalb wenig bis gar nichts zu befürchten, weil Europa und die USA ihrerseits ein Ende des fragilen Friedensprozesses befürchten, sollten den serbischen Führern der Prozeß gemacht werden. Politischer Opportunismus geht eben allemal vor Gerechtigkeit.

DIE VERFOLGUNG von Verbrechen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen, birgt dagegen kein politisches Risiko. Doch auch das gilt nicht uneingeschränkt. Wer alte Nazis jagt und dafür sorgt, daß ihnen der Prozeß gemacht wird, dem ist Beifall sicher. Doch wer die Verfolgung der Beneß-Schergen verlangt, darf keinerlei Beifall erwarten. Wer die tschechischen Priebkes suchen und zur Verantwortung ziehen will, muß damit rechnen, als politischer Brunnenvergifter gebrandmarkt zu werden, als einer, der unfähig ist, endlich einen Schlußstrich zu ziehen und Ruhe zu geben. Das alles ist doch schon so lange her, wen interessiert das noch? Die bis heute gültige Amnestierung der Verbrechen an den Sudetendeutschen durch den tschechischen Staat wird auch – und vor allem – von denen widerspruchslos hingenommen, die sonst nicht genug bekommen können von Vergangenheitsbewältigung.

DOCH WEN der Prozeß gegen Erich Priebke mit Genugtuung erfüllt, der sollte nicht ruhen, bis auch die anderen – nicht nur die deutschen – Priebkes zur Verantwortung gezogen werden. Zumindest sollte er die, die solches verlangen, nicht als politische Störenfriede verunglimpfen.

SL-Entschliebung: Keine Verhandlungen mit Prag ohne die Betroffenen!

Entschliebung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft während ihrer Sitzung am 25. Mai 1996 in Nürnberg:

Eingedenk des Gelöbnisses bei der Konstituierung der Bundesversammlung, daß jedes ihrer Mitglieder „den Rechtsanspruch auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe jederzeit vertrete“; im Blick auf das Bemühen des Deutschen Bundestages zur Schaffung einer Konvention gegen Vertreibung mit der am 23. Juni 1994 getroffenen Feststellung, „Vertreibung jeder Art ist international zu ächten und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Wer vertrieben wurde, hat Anspruch auf die Anerkennung seiner Rechte“; im Bewußtsein eines über lange Zeiträume friedlichen Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien, das 1918/19 durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudetendeutschen und 1939 durch die Errichtung des Protektorats gegen den Willen der betroffenen Völker durch Machtmißbrauch und Gewaltanwendung mit einer zwangsweisen staatlichen Zuordnung gestört wurde; angesichts des völkerrechtswidrigen Deliktes der Vertreibung der Sudetendeutschen, das mit über 240.000 Todesopfern und einer totalen Vermögenskonfiskation den Tatbestand des Völkermordes erfüllt (vgl. u. a. Professor Ermacora), und weder mit dem Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 noch mit völker- und menschenrechtswidrigen Delikten des Deutschen Reiches im Protektorat gerechtfertigt werden kann; in der festen Überzeugung, daß ein gedeihliches Miteinander der Völker Europas nur auf der Basis von Recht und historischer Wahrheit gegeben sein kann, erklärt die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft:

Wir erwarten von der Regierung der Tschechischen Republik, daß sie ihre Haltung der Verharmlosung und Rechtfertigung der Vertreibung aufgibt und mit den betroffenen Sudetendeutschen in direkte Gespräche eintritt, wie dies gegenüber Betroffenen in vielen Teilen der Welt und zuletzt in Nahost geschah.

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf, die begonnenen Verhandlungen über eine sogenannte „Gemeinsame Erklärung“ bis zum Abschluß von direkten sudetendeutsch-tschechischen Gesprächen der demokratisch gewählten Repräsentanten auszusetzen. Ohne die Zustimmung der unmittelbar Betroffenen zu einer endgültigen Regelung

würden die Wunden der Vergangenheit offen bleiben.

Die Bundesversammlung richtet an den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern die Bitte, als Vermittler eines paritätisch besetzten sudetendeutsch-tschechischen Gesprächsforums tätig zu werden.

Die Bundesversammlung fordert den Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den Sudetendeutschen Rat auf, eine gemeinsame Gesprächsdelegation zu bilden, die ihrerseits von den Ausschüssen der Bundesversammlung beratend unterstützt wird.

Die Bundesversammlung fordert von der Europäischen Union, einen wirksamen Volksgruppenschutz zu realisieren und den Beitritt weiterer Staaten zur EU von der Beseitigung fortwirkender Diskriminierungs- und Vertreibungsdelikte sowie der Gewährleistung zumutbarer Wiedergutmachung für Konfiskationen und der Realisierung des Rechtes auf die Heimat als Teil des kontinuierlich wirkenden Selbstbestimmungsrechtes abhängig zu machen.

In Akten „ausbessernder Gerechtigkeit“ soll geschehens Unrecht auf beiden Seiten soweit wie möglich gutgemacht werden.

Über die Regelung der Probleme der Vergangenheit hinaus ist es unser Wille, an einem gemeinsamen europäischen Friedenswerk mitzuarbeiten und in einer Zeit wachsender ethnischer Konflikte das Beispiel eines ethnischen Friedens im deutsch-tschechischen und österreich-tschechischen Grenzraum zu schaffen.

Wer hat denn die friedlichen Demonstrationen der sudetendeutschen Volksgruppe vom März 1919 mit den Schüssen der „Revolutionstruppen“ brutal beendet?

Wer hat denn die Sudetendeutschen versklavt und entrechtet, die Arbeitslosigkeit bei der deutschen Bevölkerung um ein Vielfaches erhöht?

Wer hat denn in den Sudetengebieten sämtliche öffentlichen Ämter, wie Post, Eisenbahn, Zoll, Grenzpolizei und die Gerichtsbarkeit mit Tschechen besetzt, auf diese Weise künstlich den Anteil der tschechischen Bevölkerung in diesen Gebieten verändert?

Wer hat denn den massiven Polizeiapparat mit seinen Familien in die Sudetengebiete verlagert, das Vereinsrecht verschärft, um alle Deutsche unter Kontrolle zu halten?

Wer hat denn in diesen Gebieten tschechische Schulen errichtet und versucht, die deutschen Kinder in diese Schulen zu zwingen?

Havel: Bis 1999 in der NATO

Nach Ansicht von Präsident Václav Havel soll Tschechien bis zum 50. Geburtstag der NATO im April 1999 Vollmitglied der Allianz sein. Beim 13. NATO-Workshop in Warschau forderte Havel am 21. Juni die NATO-Verantwortlichen auf, „in absehbarer Zukunft klar zu sagen“, wie, wann und um welche Mitglieder die NATO erweitert werden soll. Weiters sprach sich der Präsident dafür aus, daß die NATO Aufnahmekriterien stelle. Es könnten nicht alle Länder, die an einer Mitgliedschaft interessiert seien, „an einem Tag“ aufgenommen werden. Damit würde die NATO ihre Handlungsfähigkeit aufs Spiel setzen.

Zeman verglich Klaus mit Hitler

Der Chef der tschechischen Sozialdemokraten (CSSD), Milos Zeman, hat durch einen Vergleich von Ministerpräsident Václav Klaus mit Adolf Hitler für scharfe Kritik gesorgt und sich zugleich selbst in Mißkredit gebracht. Zeman hatte in einem Gespräch mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ gesagt: „Stellen Sie sich vor, daß Klaus sagt, ich bin für Selbstverwaltung, für einen Ombudsmann, gegen Geldwäsche, für die europäische Sozialcharta. Das ist so, als wenn Adolf Hitler gesagt hätte, ich liebe alle Juden.“ Die tschechische Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ forderte, nach dieser drastischen Äußerung sollte Zeman, dessen Partei bei den Wahlen von Anfang Juni zweitstärkste politische Kraft geworden war, nicht Parlamentspräsident werden. Er habe sich damit selbst als Kandidat für dieses Amt disqualifiziert, das einen Menschen hoher moralischer Qualitäten erfordere. Andere Medien verurteilten die Bemerkung Zemans über Klaus auf ähnliche Weise. Zeman hatte seine Aussage über Klaus in „Focus“ nicht dementiert, sondern nur gesagt, er habe den Ministerpräsidenten nicht direkt mit Hitler verglichen.

FPÖ: Nein zu einer EU-Osterweiterung

Niederösterreichs Freiheitliche sprechen sich vorerst gegen eine Osterweiterung der EU aus. Diese Feststellung traf kürzlich Landesobmann LABg. Bernhard Gratzler. Tschechien könne überhaupt erst dann als weiteres Mitgliedsland der EU akzeptiert werden, wenn die wirtschaftliche Kluft, die nicht zuletzt durch das Lohn- und Lohnnebenkostenverhältnis zu Österreich, das derzeit etwa 1:10 entspreche, wesentlich verringert würde. Weiters müßten die Tschechen laut Gratzler auch verstärkt gemeinsame Projekte mit Niederösterreich in den Grenzregionen mitfinanzieren. Letztlich hänge ein freiheitliches Ja zu einem Beitritt Tschechiens zur EU von der Bereitschaft der Regierung ab, ehemaliges österreichisches Eigentum abzulösen.

**FORMULARDRUCK
GENSTORFER**

Gesellschaft m.b.H. & Co KG

Im Hühnersteig 9, A-4017 Linz, Postfach 6
Telefon 0 732 / 77 43 51-0, Telefax 0 732 / 77 43 53-17

All diese Merkmale, ganz abgesehen von den bereits bestehenden Grundsätzen des späteren Präsidenten Beneš von 1918, alle Sudetendeutschen aus der angestammten Heimat zu vertreiben, haben mit Hitler überhaupt nichts zu tun. Das war bereits die erste Fehlentscheidung der Tschechen, den Deutschen ein für allemal den Garaus zu machen. Die zweite Fehlentscheidung war die Machtübernahme durch die Kommunisten, die dann den Rest der Vernichtung des sudetendeutschen Lebensraumes besorgten. Die Lust der Tschechen, Rache und Vandalismus, kollektive Selbstjustiz an den Sudetendeutschen zu üben, kannte keine Grenzen!

Merke: Ursache und Wirkung sollte auch bei den Tschechen zu Überlegungen führen. Nur eine glaubwürdige Bereitschaft zu Gesprächen mit den Sudetendeutschen kann einen besseren Weg öffnen. Diesen Weg aber zu „verordnen“, wie es die Tschechen sich vorstellen und es bereits einmal nach 1918 vorgeführt haben, kann und darf es nicht geben! Ohne diese typisch tschechische Mentalität wäre kein Henlein aktiv geworden, es hätte vor allem auch kein München 1938 gegeben!

Für die Bezeichnungen „Berufsvertriebene“ und „Berufspatrioten“, solange man das Volk darüber nicht zur Abstimmung aufruft, sind leider keine anderen Gesprächspartner kompetent. Man kann nur mit Wissenden, Erfahrenen und vor allem mit Engagierten über solche Probleme sprechen. Wichtig wäre, wenn man zur Einsicht kommen könnte, daß nur diese Grup-

pen, auf uns bezogen, nur diese Vorderen, daran beteiligt sein müssen. Mit Toten kann man leider nicht mehr sprechen. Historiker, wie sich z. B. Herr Seibt nennt, sind abzulehnen.

Es sei aber hierbei auch den sogenannten „Reichsdeutschen“ ins Gedächtnis gerufen: Der Zweite Weltkrieg war keine Erfindung der Sudetendeutschen, sie waren 1938 von der „Befreiung“ ehrlich begeistert, hatten sie doch vorübergehend das Unrecht der Tschechen abschütteln können. Der Blutzoll im Kriege war anteilig sehr hoch, nach dem Krieg aber bezahlten die Sudetendeutschen unvergleichlich höher für diesen unsinnigen Krieg mit dem totalen Verlust von Heimat, Haus und Hof! Das sollten vor allem Leute wie Frau Vollmer, Herr Verheugen, ja sogar der Herr Bundespräsident zur Kenntnis nehmen. Gustav Kindermann

Werte Bezieher der „Sudetendenpost“

Leider mußten wir bei der Durchsicht unserer Bezieherkartei feststellen, daß von vielen unserer Landsleute die Bezugsgebühr für das laufende Jahr noch nicht überwiesen wurde. Das ist für uns umso schmerzlicher, als wir finanziell von Haus aus nicht auf Rosen gebettet sind. Wir ersuchen Sie daher höflichst um baldige Überweisung. Bitte schreiben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse gut leserlich auf den Zahlschein, damit beim Buchen Ihrer Einzahlung keine Verwechslungen entstehen.

Falls Sie jedoch zu den Bezieheren gehören, die ihre Bezugsgebühr schon längst entrichtet haben, betrachten Sie bitte diese Aufforderung für Sie als gegenstandslos.

Gedanken des Bundesobmannes

In letzter Zeit ist es sehr ruhig geworden im Blätterwald, was die sudetendeutschen Angelegenheiten betrifft. Die Nachwehen des Sudetendeutschen Tages sind verklungen und der Wahlkampf in Tschechien und das mehr als unerfreuliche Ergebnis sind abgehandelt. Der einzige Punkt, der die Journalisten noch besonders interessiert, ist die Frage, ob die von gewissen tschechischen Kreisen propagandistisch lancierte Mär stimmt, daß ein deutsch-tschechischer „Schlußstrichvertrag“ schon unterschrittsreif in der Lade liegt, und man nur auf den richtigen Termin warte, ihn zu präsentieren. Zuerst hieß es, dies werde sofort nach der Wahl in der CR erfolgen, jetzt soll es sofort nach der Regierungsbildung erfolgen.

Dies ist sehr ungewiß, denn erstens gibt es außer einer Auflistung der verschiedenen Verhandlungsstandpunkte kein fertiges Vertragswerk und zweitens gehören zwei Vertragspartner zur Unterschrift dazu. Gewiß ist lediglich, welcher Zweck verfolgt wird. Die Sudetendeutschen sollen verunsichert und entmutigt werden. Sie sollen das Gefühl bekommen, sie können tun was sie wollen, es führt zu keinem positiven Ergebnis, denn es ist schon alles über sie beschlossen worden. Wozu dann noch Sudetendeutsche Tage, Regional- und Heimattreffen, wozu noch eine Sudetendeutsche Landsmannschaft? Es soll der Eindruck erweckt werden, daß jede Aktivität der Landsmannschaft und der Landsleute sinnlos ist. Man hofft dabei auch auf eine Mithilfe unzufriedener und enttäuschter Landsleute, weil keine Wunder geschehen oder nicht jede Aktivität durch Lautsprecher verkündet wird.

„Hatte man nach der Vertreibung angenommen, daß die Interessenvertretung der Sudetendeutschen, also die Landsmannschaft, nur eine kurze Lebensdauer haben würde, so irrt man sich auch jetzt. Die Landsmannschaft lebt durch die aktive und unermüdete Arbeit sehr vieler, aber meist nie genannter Landsleute jeden Alters und

sozialer Schicht. Landsleute, die keine Bezahlung erhalten, sondern die Tätigkeit mit ihrer Zeit, ihren Nerven und ihren finanziellen Mitteln überhaupt ermöglichen. Sie sind nicht gewillt, auf die Überlegungen und Hoffnungen mancher tschechischer Politiker und Machthaber hereinzufallen, auch wenn es manchmal nicht so gut weitergeht, wie es eigentlich gehen sollte. Wenn mit einem Resignieren und Aufgeben von uns spekuliert wird, so ist dies eine arge Fehlspekulation.

Es ist auch eine Fehlspekulation, wenn Politiker, Medienleute und manche Mitbürger glauben, die „Versöhnung“ sei das Gebot der Stunde. Sie kann bestenfalls das Endprodukt einer noch immer langen Entwicklung sein.

Zuerst muß es in unserer ursprünglichen Heimat – und nicht nur dort – eine wahrheitsgetreue Information geben, das geht nach jahrzehntelanger Propaganda und Fehlinformation leider nicht so schnell. Übergreifend muß es einen Dialog, d. h. Gespräche mit und zwischen den Betroffenen über offene Probleme geben, die in einer guten Zusammenarbeit münden sollten. Erst wenn diese funktioniert und es kaum noch Probleme gibt, kann es eine Versöhnung überhaupt geben. Dieser Weg muß Schritt für Schritt gegangen werden, er kann nicht mittels Gesetz befohlen werden.

Das braucht seine Zeit und wir selbst sind gefordert, jenes Tempo vorzugeben, das wir selbst auch halten können. Es ist wie bei einem Marathonlauf. Nur wer das Ziel erreicht, hat ihn bestanden. Wer das Ziel vor Augen, nicht mehr die Kraft und den Willen hat, die letzten Meter zu schaffen, ist die ganze Strecke vorher umsonst gelaufen. Wir liegen noch gut im Rennen, auch wenn es nicht mehr so zügig geht, wir werden unser Ziel erreichen, trotz aller Probleme die man uns machen will. Wir müssen nur ein starkes Herz, einen festen Willen und den längeren Atem haben. Dessen bin ich sicher, als Ihr Bundesobmann
Karsten Eder

Die Bauchschmerzen des Herrn Kohout

Der tschechische Schriftsteller Pavel Kohout hielt in Passau zur Eröffnung der 44. Europäischen Wochen eine Rede unter dem Titel: Dokument hin, Dokument her... / Berufsvertriebene – Berufspatrioten...

Europas Geist – Europas Geister, Europa Sacrale – Europa Brutale... Europa Mortale – Europa Vitale? Eine ganze Reihe europäischer Themen, die er fast wissenschaftlich zu zerpfücken suchte.

An einem Punkt stotterte er doch etwas oder wollte er, genau wie seine Mitstreiter Havel & Co. nicht auf die Ursachen pochen, die zu diesem leidvollen Ende der CSR und zum Leidensweg der Sudetendeutschen geführt hat. Es wäre vermessen, anzunehmen, daß er ähnlich wie Premier Václav Klaus von

den Vorgängen vor allem nach 1918/19 und in den folgenden Jahren nichts gewußt hätte, Klaus will erst 1968 erstmals von der brutalen Vertreibung der Sudetendeutschen erfahren haben. Eines schien ihn glaubwürdig an Ekel und Schrecken zu erinnern, als die tschechischen „Revolutionsgardisten“ in Prag auf ihre Weise „Rache und Gericht oder Rechtsprechung“ hielten.

Zitat: Bis heute bedrückt mich, daß ich, obwohl ich Ekel und Schrecken empfand, zunächst mich selbst zu überzeugen versuchte, daß sich diese Tat unter den gegebenen Umständen als eine Art ausgleichende Gerechtigkeit akzeptieren ließe, bis ich die Stimme meines Vaters vernahm: „Meine Herren, dies ist die Geburtsstunde des Rechts, die darf nicht

mit Unrecht besudelt werden, sonst enden wir wie die!“

Vater trug keine Waffe, sprach aber mit so großem Nachdruck, daß die meisten Umstehenden ihm zustimmten – die Gruppe wagte nicht, wie mancherorts passiert, ihn der Kollaboration zu bezichtigen. Man zog weiter, wahrscheinlich, um wo anders Patriotismus zu verüben. Den Satz, der mich aus dem Bann des bösen Geistes riß, begann ich später mehr und mehr zu verstehen. Ein Jahr nach dem vollendeten „Abschub“, so die tschechische Bezeichnung, der meisten Deutschen, haben wir Tschechen uns selbst bestraft, indem wir infolge des bereits erwähnten Denkfehlers freiwillig in die vierzigjährige Entmündigung schlitterten. Und als ich in der

zweiten Hälfte der fünfziger Jahre feststellen mußte, daß die politischen Prozesse mit fast 200 Gehenkten theatermäßig einstudierte Justizmorde waren, entsann ich mich jener Blut- und Sprachverwandten, die im Mai 1945 an den Deutschen das Handwerk lernten, das sie später an eigenen Landsleuten praktizierten. Zitat Ende.

Das ist offensichtlich ein ehrliches Bekenntnis zu den Taten der Tschechen – aber frostiges Schweigen zu den Ursachen! Herr Kohout versuchte, sehr viele Aspekte in seine Rede einzubinden, vor allem verschiedene Merkmale der Hitlerzeit. Aber Herr Kohout, was hat denn bereits 1918/19 und in den Folgejahren nach der Gründung der CSR stattgefunden, wo es noch gar keinen Hitler gab?

Deutsch-tschechische Verhandlungen sind laut Kinkel „sehr weit gediehen“

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Tschechien über eine gemeinsame Erklärung zur Versöhnung zwischen beiden Völkern sind offenbar weit fortgeschritten. Außenminister Klaus Kinkel sagte Mitte Juni in einer Bundestagsdebatte über das Verhältnis Deutschlands zu Tschechien, die Gespräche mit seinem tschechischen Kollegen Josef Zieleniec seien „sehr weit gediehen“. In wichtigen Fragen hätten sich die Positionen beider Seiten „sehr weit angenähert“.

Kinkel nahm Finanzminister Theo Waigel vor den Vorwürfen von SPD, Grünen und PDS in Schutz, er habe mit seinen jüngsten Forderungen an Prag den Verhandlungen geschadet. Waigel hatte verlangt, die tschechische Regierung müsse „ein Wort des Bedauerns“ finden über die gewaltsame Vertreibung von rund drei Millionen Sudetendeutschen nach dem Krieg

aus der damaligen Tschechoslowakei. Dies wäre eine „Annäherung an den europäischen Rechtsstandard“. Auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, ein Parteifreund Waigels, hatte gesagt, der Beitritt Prags zur EU müsse von der Haltung zur Vertreibung der Deutschen abhängen.

Kinkel sagte, Finanzminister Waigel habe nur Punkte angesprochen, die auch Gegenstand der seit einem Jahr geführten Verhandlungen seien. Er sei fest entschlossen, die Verhandlungen „bald zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen“.

Die SPD forderte durch ihren außenpolitischen Sprecher Günter Verheugen Bundeskanzler Helmut Kohl auf, sich klar zu einer Aussöhnung zwischen Deutschland und Tschechien zu bekennen. Verheugen sagte, der Kanzler müsse „dem Gezerre und Gewürge um die

deutsch-tschechischen Beziehungen ein Ende“ bereiten. Nötig sei ein Klima des Vertrauens zwischen Bonn und Prag, nicht aber „dröhnende Forderungen“. Die Vizepräsidentin des Bundestages, Antje Vollmer (Bündnis 90 / Die Grünen), forderte die CSU auf, ihr enges Verhältnis zu den Sudetendeutschen zu nutzen, um ihnen deutlich zu machen, was politisch erreichbar sei. Sie bezeichnete das Verhältnis zu Tschechien als „letzten Stein der deutschen Außenpolitik“, der jetzt beiseite geräumt werden müsse. Der außenpolitische Experte der F.D.P., Ulrich Irmer sagte, man dürfe den Sudetendeutschen nicht vorgaukeln, daß sich das Rad der Geschichte zurückdrehen lasse.

Übereinstimmend betonten sowohl Kinkel als auch Oppositionspolitiker, daß Deutschland den Weg Tschechiens in die Europäische Union vorbehaltlos unterstütze.

Tschechiens bisherige Partner schließen Koalitionsvertrag

Die drei Parteien der bisherigen tschechischen Mitte-Rechts-Regierungskoalition des Ministerpräsidenten Václav Klaus haben Ende Juni in Prag nach vierwöchigem Tauziehen nach den Parlamentswahlen einen Koalitionsvertrag unterzeichnet. Das Dokument sieht die Bildung einer von den oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD) geduldeten, 16köpfigen Minderheitsregierung vor, in der die Demokratische Bürgerpartei (ODS) von Klaus acht Vertreter, die Demokratische Bürgerallianz (ODA) von Jan Kalvoda vier und die Volkspartei (KDU-CSL) von Josef Lux auch vier Vertreter haben sollen. Damit wird die Klaus-Partei nicht mehr die Mehrheit im Kabinett haben.

Für das Amt des Regierungschefs wird erneut Klaus vorgesehen. Auch in anderen wichtigen Regierungsämtern sind keine größere Änderungen in Aussicht gestellt worden. Als Außenminister soll Josef Zieleniec (ODS) bleiben, das Finanzministerium wird wieder von Ivan Kocarnik (ODS) und das Innenministerium von Jan Ruml (ODS) geleitet werden. An der Spitze des Industrie- und Handelsministeriums bleibt Vladimír Dlouhý (ODA). Die wichtigste Änderung soll im Verteidigungsressort erfolgen – Miloslav Vyborný (KDU-CSL) wird seinen Parteikollegen Vilem Holan ablösen. Mit dem Amt des Justizministers soll Kalvoda (löst Jiri Novak – ODS – ab) und mit dem Amt des Landwirtschaftsministers

soll erneut Lux beauftragt werden. In dem Programmteil des Koalitionsvertrages ist die Fortsetzung des bisherigen Reformkurses vorgesehen. Fraglich bleibt, inwieweit die künftige Regierung ihre Privatisierungsabsichten im Energie- und Verkehrsressort durchsetzen können, wenn das Kabinett von der CSSD toleriert werden will. Die alte und neue Koalition verpflichtete sich weiters, in der kommenden Wahlperiode sogenannte höhere territoriale Verwaltungseinheiten (Bundesländer) zu bilden, was die ODS bisher strikt ablehnte. Außenpolitisch bleiben die Prioritäten der Koalition unverändert: EU- und NATO-Beitritt zu einem baldigen Termin werden weiter angestrebt.

Tschechische Insolvenzswelle

In Tschechien schlittern immer mehr Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit. Die Zahl der Konkurse hat sich im ersten Quartal 1996 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 29 Prozent auf 160 Fälle drastisch erhöht, berichtet die Prager Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ unter Berufung auf Angaben des tschechischen Wirtschaftsministeriums. Die meisten Unternehmen sind in der Metropole Prag und in Nordböhmen zusammengebrochen.

Bestechungen bei Handelsgerichten

Firmen, die in Tschechien in das Register beim zuständigen Handelsgericht schneller als üblich eingetragen werden wollen, müssen mit „zusätzlichen Kosten“ für die Bestechung der Mitarbeiter dieser Gerichte rechnen. Dies schrieb kürzlich die Prager Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ unter Berufung auf „fünf voneinander unabhängige Quellen“. Die Eintragung dauert im Durchschnitt ein halbes Jahr, wer allerdings die Sache in ein paar Tagen erledigen wolle, um schnell mit der Unternehmenstätigkeit beginnen zu können, müsse „an richtiger Stelle“ Schmiergeld in Höhe von 2.000 bis 10.000 Kronen (785 bis fast 4000 S) – je nach der Größe seiner Firma – bezahlen. Dieselben Probleme gibt es laut Zeitung dann, wenn die bereits eingetragenen Firmen in dem Register eine Änderung machen wollen. Der Pressesprecher des tschechischen Justizministeriums, Vladimír Voracek, erklärte dazu, sein Ministerium habe bei den Handelsgerichten eine ganze Reihe von Inspektionen durchgeführt. Allerdings habe man nie derartige Korruptionfälle enthüllt.

AKW Temelin verzögert

Die bereits einmal aufgeschobene Inbetriebnahme des südböhmischen Atomkraftwerkes Temelin wird erneut – und zwar mindestens um acht Monate – verschoben werden. Dies berichtete kürzlich die tschechische Tageszeitung „Pravo“ unter Berufung auf „gut informierte Quellen, die anonym bleiben wollten“. Hintergrund dieser Verzögerung seien rigorose Forderungen bezüglich Sicherheit des AKW, hieß es. Damit bestätigen sich die im April veröffentlichten Informationen, wonach die tschechische Behörde für Atomare Sicherheit nicht ausschließt, daß die für Herbst 1997 geplante Inbetriebnahme des südböhmischen Atomkraftwerkes Temelin für diesen Termin zunächst nicht erfolgen werde, weil die Installation eines entsprechenden Schutz- und Bewachungssystems für das Kraftwerks-Areal verzögert werde.

Mit der neuen Verschiebung des Inbetriebnahmetermins wird die endgültige Fertigstellung wieder teurer – diesmal um eine Mrd. Kronen (etwa 390 Mill. S) – so daß die Gesamtkosten des AKW auf 77 Mrd. Kronen steigen sollen. Wegen der ersten Verzögerung der Inbetriebnahme von Ende 1996 auf Herbst 1997 stiegen die Kosten bereits um mehr als fünf Mrd. Kronen – von 70,5 Mrd. auf 76 Mrd. Kronen.

Badeverbot für Roma

Wegen Aufwiegelung zum Rassenhaß wird sich der Vizebürgermeister der tschechischen Stadt Kladno nahe Prag verantworten müssen, der Roma-Kindern den Besuch der städtischen Badeanstalt verboten hatte. Wie Vizebürgermeister Slavomir Círnfus der tschechischen Nachrichtenagentur CTK selbst mitteilte, hatte ihn der zuständige Untersuchungsbeamte der Polizei über den entsprechenden Straftatbestand unterrichtet. Zudem habe dieser ihn zwei Mal verhört. Noch am selben Tag habe er das Badeverbot für die Roma-Kinder aufgehoben, erklärte Círnfus. Keinesfalls habe er aber diese Maßnahme aus Gründen der Rasse oder Nationalität erlassen. Diese Beschuldigung lehne er ab. Der Stadtvertreter hatte das Besuchsverbot der Badeanstalt für Roma unter 15 Jahren mit einer Gelbsucht-Epidemie begründet, die sich in Kladno fast ausschließlich unter Angehörigen dieser Minderheit verbreite. Von den knapp 140 an infektiöser Gelbsucht Erkrankten waren nach den Angaben von Círnfus 95 Prozent Roma.

Brünner Polizei getarnt mit österreichischen Kennzeichen

Die tschechische Verkehrspolizei verwendet angeblich auf ihren Dienstwagen auch die Kennzeichen von anderen Staaten, um ihre wahre „Identität“ bei Tempokontrollen zu vertuschen – auch österreichische Nummertafeln wurden bei dieser Zweckentfremdung bereits gesichtet. Wie die tschechische Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ berichtete, sei ein derartiges Beispiel im Bezirk Brno-venkov (Brünnland) aufgedeckt worden, wo ein Fahrer bereits mehrmals einen dunkelblauen Ford Mondeo mit einem Wiener Kennzeichen gesehen habe, dessen Besatzung – tschechische Verkehrspolizisten – mit Radar die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen kontrolliert hätte. Der stellvertretende Chef der Verkehrspolizei in dem Bezirk, Jiri Konecny, erklärte, man dürfe die ausländischen Kennzeichen zu derartigen Zwecken verwenden, falls der Wagen stehe. Vor der Fahrt müsse das fremde Tafel wieder beseitigt werden, so Konecny. Eine Sprecherin

der österreichischen Botschaft, die nicht genannt wurde, zeigte sich über den Vorgang der tschechischen Exekutive erstaunt. Sie wisse über kein Abkommen oder eine Verabredung, welche die Verwendung von österreichischen Kennzeichen auf den tschechischen Polizeiwagen erlaubt.

SCHON ABONNIERT?

Sudetenpost

DIE SUDETENDEUTSCHE ZEITUNG, DIE DIE DINGE BEIM NAMEN NENNT!

Diskussion mit Ota Filip im „Liberalen Klub“

Das deutsch-tschechische Verhältnis

Unter diesem Titel fand am 25. Juni im „Liberalen Klub“ in Wien (der nichts mit dem Liberalen Forum zu tun hat) eine sehr interessante Diskussion statt. Am Podium begrüßte Herr Dipl.-Ing. Hanreich: Ota Filip, Schriftsteller, Oswald von Kostrba, Historiker und Journalist sowie Graf Andreas Razumovsky, Journalist (F.A.Z.), die in ihren Stellungnahmen zur Einleitung bereits einige provokante Fragen anschnitten, bzw. verschiedene Ansichten darlegten. So behauptete Ota Filip, daß es noch nie so gute Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien gegeben hätte, wenn auch ein Kulturabkommen fehlt und nicht das Sudetendeutsche Problem wäre. An diese Adresse vertrat er die Meinung, daß Karl IV. kein Deutscher und Prag nicht die erste deutsche Universität war, sondern lateinisch. Die Deutschen hätten auch immer im historischen Böhmen und nicht in einem deutschen Land gelebt. Von den 800.000 Einwohnern Prags im Jahre 1930 bekannten sich 45.000 zur deutschen Sprache, davon waren 32.000 Juden und die deutsche Kultur endete bereits 1939 mit der Vertreibung der Juden. Oswald von Kostrba stellte als Historiker richtig, daß Böhmen immer das Land zweier Völker und Prag bis 1867 eine deutsche Stadt war. Die erste tschechisch beschriftete Gruft in Prag entstand übrigens 1800. Er meinte auch, daß die Beziehungen zwar gut, aber in der Weimarer Republik besser waren. Dennoch sei die psychologische Befindlichkeit beider Völker viel schlechter.

Razumovsky drückte seine Hoffnung aus, daß man in der Diskussion mehr erreichen sollte, als den Austausch geschichtlicher Standpunkte. Nach den entsetzlichen kriegerischen Auseinandersetzungen dieses Jahrhunderts sei man an einer gewissen Wasserscheide, bei einer Pattsituation angelangt, weil wegen der Sudetendeutschen niemand mehr an ein militärisches Eingreifen denkt, wenn auch die seinerzeitige CSR eine Fehlkonstruktion war. Es müsse also eine friedliche Problemlösung geben. Ota Filip meinte noch, daß eine Versöhnung deswegen so schwierig sei, weil beide Völker ihr Christentum aufgegeben hätten. Oswald von Kostrba meinte, daß es ihm mehr um eine Bestandsaufnahme der heutigen Einstellung ginge. Denn das größte Manko sei die Unterbrechung der Kontinuität. Es gäbe heute auch unter den älteren Menschen in der CR kaum welche, die eine Erfahrung mit dem seinerzeitigen Zusammenleben mit den Deutschen haben, was eine Folge der Liquidation sozialer Schichten sei:

Zuerst wurden die Juden, dann die tschechische Intelligenz (man rechnet bis zu 50.000 Tote zwischen 1939 und 1945), dann das deutsche Element, schließlich die tschechische Bourgeoisie und zuletzt auch die marxistische Hierarchie beseitigt worden. Wer soll also Gesprächspartner für die Verständigung sein? Die jüngsten Wahlen haben die Gesprächsaussichten verschlechtert. Alle Voraussetzungen für eine Aussöhnung wurden längst versäumt, und zwar weil weder die tschechische, noch die sudetendeutsche Seite ein Konzept für den Tag X gehabt hat. Oswald von Kostrba analysierte auch die Aspekte für die Radikalisierung der Volksgruppen, die nach seiner Meinung erst mit der Weltwirtschaftskrise und dem Kampf um Arbeitsplätze einsetzte. 1928 unterstützten noch 90 Prozent der sudetendeutschen Wähler die aktivistischen Parteien, obwohl schon durch die Sprachverordnung in den verschiedenen Staatsanstellungen 40 bis 70 Prozent Deutsche entlassen wurden. Als aber die Wirtschaftskrise vor allem in den sudetendeutschen Gebieten bis zu 80 Prozent Arbeitslose verursachte, die staatlichen Maßnahmen, wie Rüstungsaufträge nur an tschechische Firmen gingen, entstand eine Radikalisierung. Großen Einfluß hatte das Phänomen der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland durch die NSDAP und die außenpolitischen Erfolge.

Filip: Sudetendeutsche mögen Geduld haben

Die tschechischen Aspekte zur Trennung der Volksgruppen sind ein komplexes Problem: Da wäre einmal der Verlust der staatlichen Freiheit, die man sich vom vorigen Jahrhundert bis 1918 so schwer erkämpft hat; dann der Zwang zur Kollaboration, der den Charakter des Volkes schwer getroffen habe. So habe das tschechische Volk den Deutschen erst den Krieg erklärt, als diese kapitulierten, nämlich im Mai 1945. U. a. sei das die Erklärung für die besondere Bestialität der Vertreibung, aber auch die Härte der kommunistischen Liquidationen. 1950 seien in Tschechien doppelt so viele Todesurteile ausgesprochen worden, wie in allen anderen Ostblockstaaten zusammengenommen. 1952 waren 176.000 Tschechen in staatlichen KZs. Ota Filip meinte daher, man solle von deutscher Seite nicht an die Kollaboration erinnern. Im übrigen sei es tragisch, daß nicht nur die tschechische Exilregierung bereits 1943 die Vertreibungspläne fertig hatte, sondern daß auch Hitler das gleiche plante. Die Sudetendeutschen könne er nur bitten, Geduld zu haben. Wer solle

im Parlament die Annullierung der Beneš-Dekrete durchsetzen, wenn jeder, der dieses Thema anführt, sofort niedergeschrien werde? Auch die tschechische Außenpolitik sei eine Katastrophe, weil man mit allen Nachbarn nicht spricht, sondern im Gegenteil sich der großrussischen Gefahr nicht bewußt sei. Inzwischen hat es einige Wortmeldungen aus dem Publikum gegeben. Präsident Dr. Manfred Frey meinte, daß er für die zwiespältige Haltung in der Rückstellungsfrage kein Verständnis aufbringe. Hofrat Dr. Gottlieb Ladner vom süd-mährischen Dachverband wollte für die kleinen Leute sprechen, die kein Verständnis für akademische Diskussionen aufbringen und daher enttäuscht sind, daß auch noch nach 50 Jahren kein Dialog in Gang zu setzen ist.

Eder: Vor Versöhnung steht der Dialog

Wie lange soll man denn Geduld haben, bis eine biologische Lösung erreicht ist? Man könnte doch wenigstens einmal anfangen zu sprechen. Karsten Eder bemerkte, daß der Bruch 1918 begonnen habe und daß es die CR keine Krone koste, die Beneš-Dekrete und das Amnestiegesetz zu annullieren. Zuerst sei eine wahrheitsgemäße Information, dann der Dialog notwendig, bevor es zu einer Versöhnung kommen kann. Der Beitritt zur EU setze voraus, daß man das Haus mit sauberen Stiefeln betritt.

Wenn also die allgemeine Konzeptlosigkeit und die Tatsache, daß der Gesprächspartner abhanden gekommen ist, bedauert werden muß, ergibt sich von sudetendeutscher Seite folgende Zusammenfassung:

1. In der Vergangenheit bestand zwischen Deutschen und Tschechen eine Symbiose und zwar trotz der historischen Spannungen und der Einflüsse der romantisch-nationalistischen Geschichte seit dem ersten Panslawistenkongreß 1849, trotz der Majorisierung und Unterdrückung der Deutschen 1918 bis 1938 und trotz der Unterdrückung der Tschechen im Protektorat 1938 bis 1945, denn das Kapitel der totalen Kollaboration ist noch nicht geschrieben, bzw. wird schamhaft verschwiegen.

2. Der Genozid an den Deutschen 1945 beendet die Symbiose mit katastrophalen Folgen vor allem für die tschechische Gesellschaft. Zitate aus dem Historikerbericht Bohemus 1980.

„Ethische Folgen: Die Aussiedlung verletzte sittliche Werte, sie ermöglichte unter der Schirmherrschaft des Staates Beutezüge ganzer Gruppen in die Grenzgebiete. Dadurch

wurde ein Großteil der tschechischen Bevölkerung demoralisiert. Diejenigen, welche sich des konfiszierten Vermögens bemächtigten, lernten mit dem widerrechtlich erworbenen Vermögen nicht wirtschaften und fanden keinen Bezug zur Natur und Landschaft, wodurch die Gesellschaft den Keim der Destruktion in sich trug.

Ökonomische Folgen: Die Aussiedlung vernichtete riesige materielle Werte im Grenzgebiet und verwandelte die Kulturlandschaft in eine halbleere Ödlandschaft, extensiv von entwurzelten Neusiedlern bestellt.

Demographische Folgen: Die Aussiedlung brachte einen ungeheuren Bevölkerungsverlust. Die gelenkte Migration (Repatriierung aus einem Dutzend osteuropäischer Länder) verursachte eine weitere Destabilisierung der Grenzgebiete.“

Abgesehen von der völkerrechtlichen Seite waren also die Folgen Rechtsbruch, Rechtsunsicherheit, Demoralisierung, Destruktion und Destabilisierung der Gesellschaft, die durch die 40jährige Zwangsherrschaft der Kommunisten und vor allem durch die rigorose Anwendung der Retributionsgesetze gegen alle Andersdenkenden noch verschärft wurde. (Die Revolution fraß auch die eigenen Kinder, s. Stransky.) Dieser Zustand der tschechischen Gesellschaft ist ein Defizit für Europa!

Beneš-Dekrete sind Chauvinismus

Die Verteidigung der ethnischen Säuberung ist purer Rassismus, die Beibehaltung der Beneš-Dekrete als „Nachkriegsordnung“ mit der widerrechtlichen Annahme der Kollektivschuld ist Chauvinismus. Es kann doch nicht sein, daß man in Prag erklärt: „Willkommen im Herzen Europas“, wenn es sich um ein Kuckucksnest handelt.

3. Schlußfolgerung. Das europäische Einigungskonzept zwingt zum Abschied vom nationalstaatlichen Prinzip und erfordert eine offene Gesellschaft. Angesichts der geschilderten Defizite kann dieses Regulativ, im Sinne der westlichen Werte, nur durch Bereinigung der Vergangenheit auf der Grundlage der geschichtlichen Wahrheit – und hier vor allem gegenüber den zu Unrecht Vertriebenen – und eine sofortige Öffnung der Gesellschaft erreicht werden. Das gebietet auch die wirtschaftliche Vernunft, weil sonst der Anschluß an das westliche Europa erst in zwanzig Jahren erreicht wird. Erst dann kann es wieder zu einer Symbiose kommen, denn ohne Symbiose keine Europäische Union!

Vertriebene Italiener dürfen ihren nach dem Krieg enteigneten Besitz bald zurückkaufen:

Slowenische Lösung als Modell?

Noch vor wenigen Wochen hatte der slowenische Präsident Kucan bei seinem Staatsbesuch in Prag die Tschechen benediet, weil Deutschland in der Sache der Sudetendeutschen so nachgiebig sei – ganz anders als Italien, das das EU-Assoziierungsabkommen mit Slowenien wegen des Streits um die Rechte der nach dem Krieg aus Istrien vertriebenen Italiener blockierte. Inzwischen ist die Blockade beendet, der Assoziierungsvertrag unterzeichnet. Auch von deutschen Vertriebenen-Vertretern war die harte Haltung Roms gegenüber Laibach vielfach als beispielhaft gewürdigt worden. Doch kann die nun gefundene Lösung ein Modell für die Sudetendeutschen sein?

So sieht der Kompromiß zwischen Slowenien und Italien aus, der den Abschluß des EU-Assoziierungsabkommens nach langem Tazziehen ermöglicht hatte: Rom hat der Assoziierung Sloweniens zugestimmt, nachdem Italienern, die nach Kriegsende aus Istrien vertrieben worden waren, im Vertrag Sonderrechte eingeräumt wurden. Demnach können italienische Staatsbürger, die nach Kriegsende mindestens drei Jahre lang in Slowenien gelebt haben, voraussichtlich ab 1998 Grund und Boden in der kleinen ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik kaufen. Also: Enteigneter Besitz darf zurückgekauft werden. Kann diese jedem Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden widersprechende Regelung als Modell für ähnlich gelagerte Streitfälle in Europa gelten? Wohl kaum. Doch ob-

wohl sich Slowenien die Enteignungen von damals morgen von den Enteigneten noch vergolden lassen darf, laufen slowenische Nationalisten gegen das Abkommen Sturm.

Nicht nur in Italien, auch in Slowenien gibt es schwere Bedenken gegen den Kompromiß.

In Italien wurde bereits der Ruf laut nach einer kostenlosen Rückgabe aller verstaatlichten Immobilien, die früher Italienern gehört hatten. Die slowenische Opposition dagegen meint, man hätte den EU-Assoziierungsvertrag „billiger“ haben können. Der Regierung in Laibach wird vorgeworfen, Slowenien in einen „Zustand der Abhängigkeit von Italien“ getrieben zu haben. Keines der bisherigen neun Länder, die einen Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen hatten, sei zu „Vorleistungen“ gezwungen worden. Nicht einmal Tschechien, das wegen der sudetendeutschen Frage „unbeglichene Rechnungen“ mit der Bundesrepublik Deutschland und Österreich habe, sei mit Auflagen konfrontiert worden, hieß es in oppositionellen Kreisen. Der Vorsitzende der bäuerlichen Slowenischen Volkspartei, Marjan Podobnik, meinte zum Beispiel, Slowenien habe sich eine „Erniedrigung durch Italien“ gefallen lassen müssen, weil die Regierung die Bedingung angenommen habe, ehemaligen italienischen Grundbesitzern, die schon lange in Italien leben, ihren Besitz zurückzuerstatten.

Die Proteste zeigen immerhin eines: Auch

wenn der Rückkauf von Eigentum kein Modell für Europa sein kann, das ja auf den Prinzipien des Rechts gebaut sein soll, so haben die Italiener für ihre Landsleute aus Istrien offenbar doch mehr herausgeholt als die Bonner Regierung bislang für die Sudetendeutschen.

Auch österreichische Wünsche berücksichtigt

Und auch die österreichische Regierung, die sich in der Vertriebenenfrage überhaupt nicht engagiert, hat am Beispiel Slowenien bewiesen, daß man Interessen durchsetzen kann, wenn man es nur will – und wenn eine entsprechende Lobby Druck macht: Außenminister Vizekanzler Wolfgang Schüssel äußerte sich zufrieden darüber, daß im EU-Assoziierungsvertrag mit Slowenien die österreichischen Wünsche berücksichtigt worden seien.

So werde die EU erstmals einem Assoziierungspartner keinen freien Transitverkehr gewähren. Hinsichtlich der Sicherheit von Kernkraftwerken hätten Wien und Laibach ein gegenseitiges Frühwarnsystem bei Störfällen vereinbart. Und die zahlreichen Duty-Free-Shops an der österreichisch-slowenischen Grenze, die der grenznahen Wirtschaft auf österreichischer Seite schon seit langem ein Dorn im Auge waren, sollen bis 1. Juli des Jahres 1998 verschwinden.

Sudetendeutscher verzichtet und entschädigt NS-Opfer privat

Der in Haindling (Bayern) lebende Sudetendeutsche Thomas Thun möchte einen Tschechen, der Opfer des Nationalsozialismus geworden ist, mit seinem Privatgeld entschädigen. Ein entsprechendes Angebot unterbreitete Thun am 25. Juni in Prag dem tschechischen Präsidenten Václav Havel. Zudem überreichte der Sudetendeutsche dem Staatsoberhaupt eine symbolische Urkunde, in der seine Familie auf alle eventuellen Eigentumsansprüche in Tschechien verzichtet, wie ein Sprecher Havels nach dem Treffen mitteilte. Der Präsident würdigte die Geste Thuns als einen weiteren Anstoß zur Bewältigung der dunklen Kapitel in der gemeinsamen Geschichte von Tschechen und Deutschen. Derartige Initiativen trügen zum Fortschritt bei den Verhandlungen über eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern wesentlich bei und würden diese positiv beeinflussen, meinte Staatspräsident Václav Havel.

Urlaubssperre

Während der Urlaubszeit in den Monaten Juli und August bleibt die Geschäftsstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Oberösterreich, 4040 Linz, Kreuzgasse 7, geschlossen.

Immer mehr Wirtschaftsinteresse auch am südböhmischen Raum

Deutliches Zeichen des wachsenden Interesses der österreichischen Wirtschaft am südböhmischen Raum zeigt sich aus dem Trend österreichischer Banken. Bereits 26 österreichische Banken haben hier (vor allem in Budweis und Krumau) Zweigstellen und eigene Banken errichtet, verbunden mit einer exzellenten Restaurierung alter Objekte. Hervorragendes Beispiel dafür ist die Filiale der Creditanstalt (CA) in Budweis, die am 17. Juni durch CA-Generaldirektor Guido Schmidt-Chiari eröffnet wurde. Der Linzer Architekt Professor Klaus Zellinger hat die einstige Villa der Bleistiftfabrik Hardtmuth (Koh-i-noor) am Stadtrand von Budweis zum derzeit wohl schönsten Bankhaus in Südböhmen ausgestaltet.

Der Leiter der CA-Bank Linz, Hieronymus Spannocchi, sieht den besonderen Vorteil eines Bankplatzes in Südböhmen nicht nur in der länderübergreifenden Präsenz der CA. Bereits in der ersten kurzen Anlaufzeit des Hauses (seit etwa Februar) konnte ein beachtlicher Kundenstock aufgebaut werden. Auch der Kostenvorteil für die Bank selbst ergebe sich unter anderem durch die hier derzeit – noch – niedrigeren Lohnkosten. Mit zehn Bankmitarbeitern in Südböhmen könnte man in Österreich höchstens drei Mitarbeiter entlohnen. Der CA-Bankplatz Budweis werde sich indes, so der Repräsentant der CA Linz in Budweis, Bernhard Sommerauer, vorwiegend der Betreuung österreichischer Wirtschaft in Südböhmen widmen, wobei hier unter anderem der CA-Eurokredit sowie die internationalen Kontakte der CA den Kunden auf beiden Seiten der Grenze zugute kommen. Die Stimmung bei der CA in Wien für das neue Standbein in Budweis mag

die Verdoppelung der Bilanzsumme der tschechischen CA-Tochter (Creditanstalt a. s. Prag) auf fast 8,5 Milliarden Schilling und die Vervielfachung des Gewinns auf etwa 3,5 Millionen Schilling bestärkt haben, sagte Vorstandsdirektor Gert Rienmüller. Daß es sich für österreichische Firmen lohnt, hier in Böhmen Fuß zu fassen, konnten Repräsentanten von Wienerberger-Ziegel (Donat Kallinger) und Strabag (Folkmar Alzner) beweisen. Wienerberger hat sieben Standorte, davon fünf rekonstruierte Großwerke hier situiert und erreicht mit 560 Mitarbeitern 22 Prozent Marktanteil in Böhmen, vor allem mit dem Porothermsystem. Der Umsatz wurde von – umgerechnet – 250 Mill. S im Jahre 1995 auf derzeit 320 Mill. S gesteigert. Die Kapazität erreicht nahezu die Kapazität von Wienerberger Österreich. Der Durchschnittslohn eines österreichischen Mitarbeiters ist nahezu siebenmal so groß wie jener der Mitarbeiter in Böhmen. Auch bei der Strabag (Baufirma) hat sich der Einstieg in Tschechien aus vielerlei Gründen gelohnt. 3000 Mitarbeiter erwirtschaften hier eine Bauleistung von fast 3 Milliarden Kronen. Mit großzügigen Spenden von Analyse-

geräten an ein tschechisches Krankenhaus und die Kinderkliniken in Budweis hat die CA versucht, gut Wind für die Bankkontakte in Böhmen zu machen.



Links: CA-Landesdirektor Spannocchi: Immer mehr oberösterreichische Firmen fassen in Südböhmen Fuß. – Rechts: Die altehrwürdige Hardtmuth-Villa am Stadtrand von Budweis wurde zur modernen CA-Filiale ausgebaut.



Wichtige Mitteilung der Geschäftsstelle Wien

Die Geschäftsstelle Wien gibt bekannt, daß während der Monate Juli und August 1996 nur ein eingeschränkter Geschäftsbetrieb stattfindet.

Es wird gebeten sich nur in wirklich dringenden Angelegenheiten an die Geschäftsstelle zu wenden.

Nachrichten können unter der Telefonnummer 0 222/512 29 62 auf Band gesprochen werden bzw. per Fax unter der Nummer 0 222/512 05 20 übermittelt werden

Bruno Kastel, Geschäftsstelle Wien

Veranstaltungen im Raum Wien und NÖ:

Zu den nachfolgenden Veranstaltungen, die zum Teil durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft, landsmannschaftliche Gruppierungen bzw. durch die Sudetendeutsche Jugend abgehalten werden, werden alle Landsleute, die Freunde der Sudetendeutschen, aber vor allem die mittlere und jüngere Generation recht herzlich zur Teilnahme eingeladen!

1. **Znaimer-Treffen:** Sonntag, 18. August, Unterretzbach, Beginn ist um 9.30 Uhr mit einer Feldmesse beim Znaimer Denkmal. Ab Wien und ab Oberösterreich werden Autobusse geführt!

2. **Kirtag am Südmährerhof in Niedersulz:** Sonntag, 25. August: Bei jedem Wetter findet diese traditionelle Brauchtumsveranstaltung am Südmährerhof im Rahmen des Weinviertler Dorfmuseums statt. Beginn um 9.30 Uhr mit einer Feldmesse, ab 14 Uhr Kirtag nach heimatischem Brauch! Ab Wien werden Autobusse geführt – Anmeldung jeden Dienstag und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr bei der Landsmannschaft „Thaya“, 1120 Wien, Spießhammergeasse 1, Tel. 812 39 53.

3. **Mandelsteintreffen der Böhmerwälder:** Sonntag, 25. August: Beim Gedenkkreuz der Böhmerwälder am Mandelstein bei Gmünd im Waldviertel findet das alljährliche Treffen der Böhmerwälder und der Klemensgemeinde statt. Beginn um 10 Uhr mit einer Feldmesse und Kundgebung. Anschließend Heimattreffen. Am Samstagabend: Heimatabend!

4. **Jedermann-Sportwettkämpfe:** Am Samstag, 14. September: Zum 18. Mal wird auf der Bundesspielfanlage Wienerberg, in Wien 10, Grenzackergasse, diese sportliche Veranstaltung für jedes Alter und Geschlecht, also für jedermann, von zirka 4 bis 80 Jahre, durchgeführt! Wieder findet diese Veranstaltung auf Wunsch vieler Teilnehmer nur am Samstag statt! Und zwar von 14 bis 18 Uhr (mit Leichtathletik-Dreikampf, Faustball- und Fußballspiel. Anschließend ist ein gemütliches Beisammensein in Oberlaa. Jeder kann daran teilnehmen – auch die Freunde!

5. **Sudetendeutscher Heimattag in Wien und Klosterneuburg:** Von Freitag, dem 20. September bis Sonntag, dem 22. September.

Gedenken an Msgr. Dr. Josef Koch

Während die Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung des „Hauses der Heimat“ voll angelaufen sind, dürfen wir auf einen Landsmann nicht vergessen, der uns vor zehn Jahren, am 7. Juli 1986, für immer verlassen hat: Monsignore Prof. Dr. Josef Koch. Er war Obmann des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaften in Österreich und Obmann des Dachverbandes der Sudmährer in Österreich. Sein besonderes Anliegen war die Schaffung eines Begegnungszentrum in Wien, das jetzt endlich Wirklichkeit geworden ist.

In seinem letzten Vermächtnis hat er noch gebeten, von Kranz- und Blumen Spenden abzusehen und eine Spende zugunsten des „Hauses der Heimat“ in Wien zu geben. Vielleicht sieht er das Entstehen unseres Hauses?!

Regierungsrat Ludwig Horer

Schulbücher bitte nicht wegwerfen

Die Ferien haben schon begonnen bzw. beginnen demnächst – die Schule ist aus. Da freuen sich viele Kinder und junge Leute, aber auch die Eltern! Die Schulbücher werden nicht mehr benötigt – darum weg damit. Doch halt, nicht wegwerfen, wir können diese noch sehr gut gebrauchen:

Natürlich haben wir auch keine besondere Freude an den sogenannten „Wegwerf-Schulbüchern“, die uns jährlich an die 800 Millionen Schilling an Steuergeldern kosten. Wir haben eine besondere Verwendung dafür – daher bitte nicht zum Altpapier geben! In zahlreichen Orten im Sudetenland gibt es etliche Kindergärten und auch deutsche Schulen bzw. Klassen mit Deutschunterricht. Und Schulbücher können auch zum Lesen herumgereicht werden.

Wir – das sind „Sudetenland 2000“ der VDS Sudetia und die SDJÖ – sammeln solche Schulbücher (bitte keine zerrissenen oder zerfledderten Bücher zu diesem Zweck) und leiten diese

Bücher weiter! Senden Sie Schulbücher (bitte keine anderen Bücher – ausgenommen gute Kinder- und Jugendbücher) aus ganz Österreich an den VDS Sudetia, Kandlgasse 3/1, 1070 Wien (bitte Pakete bezahlen, nicht per unfrei aufgeben, da wir nicht viel Geld zur Verfügung haben). Selbstverständlich können Bücher auch persönlich abgegeben werden – jeden Mittwoch in der Kandlgasse 3/1 ab 18 bis 21 Uhr. Falls im Raum Wien ganz Schulklassen Bücher abzugeben haben bzw. es sich um eine umfangreiche Auswahl (so ab zirka 15 bis 20 Stück) handelt, besteht unsererseits die Möglichkeit der Abholung (weniger können leider nicht geholt werden, da dafür die Kosten zu hoch sind). In diesem Fall rufen Sie uns an einem Mittwoch (18 bis 21 Uhr) unter der Telefonnummer 96 19 13 an!

Schon jetzt danken wir Ihnen für Ihre Mithilfe im Interesse der in der Heimat verbliebenen Landsleute!

Auf dem St.-Jakobs-Friedhof in Stadtroda finden wir den Grabstein von Rudolf Rauch. Vor hundert Jahren geboren, am 5. November 1891, so sagt es der schlichte Stein aus. Nichts sonst, außer, daß er am 17. Dezember 1973 starb und auch seine Ehefrau Martha hier begraben liegt. Wessen hundertsten Geburtstags ist hier zu gedenken? Fragen wir alte Stadtrodaer Bürger, dann wissen sie, daß jener Rudolf Rauch nach dem Kriege als Vertriebener nach Stadtroda kam, in der Emil-Klinger-Straße 13 wohnte und in den Möbelwerken gearbeitet hat. Mehr wissen sie nicht. Sie wissen nichts von einem in seiner Heimatstadt Bensen (Tschechoslowakei) bedeutenden und hoch geehrten Mann. Vertriebenenschicksal. Diesen großen Mann, der unter uns lebte, ohne daß wir ihn kannten, wollen wir zu seinem 100. Geburtstag den Stadtrodaer Mitbürgern vorstellen. Daß der junge Rudolf Rauch in seiner Heimatstadt das ehrbare Sattlergewerbe erlernte, war nur zu verständlich, da auch der Vater selbständiger Sattlermeister gewesen ist. Im Herzen wollte er aber immer Lehrer werden, um sein Interesse und Wissen an der Geschichte seiner Heimat an Kinder weiterzuvermitteln.

Neben seiner Arbeit verbrachte er jede freie Minute damit, alte Heimatschriften, Schloß- und Gemeinearchive zu durchforschen. Sein Steckenpferd war die Literatur, die Geschichte und insbesondere die Heimatgeschichte. Bald griff er selbst zur Feder. Seine Erzählungen aus frohen und bewegten Tagen heimatlicher Vergangenheit machten ihn berühmt, und seiner Arbeit zollte man hohe

Vertriebenenschicksal

Anerkennung. 1923 gründete er unter Mitwirkung weiterer Heimatfreunde den Heimatverlag Bensen. Jetzt begann die Glanzperiode seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Er schrieb „Eichen im Sturm“, „Aus Schutt und Asche“, „Der Schmied von Höflitz“, „Das Kreuz auf der Landwehr“, „Aus versunkenen Zeiten“, „Zwischen Pflug und Schwert“, „Um die Heimat“, „Der beschlagnahmte Haus-trunk“, „Und es bewegt sich doch“. Des weiteren schrieb er eine Serie voll heimatlichen Humors „Rund um den Kirchturm“ und vieles mehr. Seine beiden Bücher „Die Bauern vom dürren Grund“ und „Aus dem Heimatbrunnen“ wurden Bestseller. Sein jährlicher Be-

Maria Himmelfahrt am Hiltschenerberg

Am Donnerstag, dem 15. August 1996, wird das Fest Maria Himmelfahrt in Neu Maria Schnee am Hiltschenerberg, Pfarrgemeinde Leopoldschlag, begangen. Um 10.30 Uhr zelebriert Prof. Pater Bernhard Ganglberger aus dem Stift Wilhering die heilige Festmesse. Der Sudetendeutsche Singkreis aus Linz unter Leitung von Frau Prof. Lilo Sofka-Wollner und die Musikkapelle aus Mardetschlag unter Leitung von Herrn Stefan Fleischanderl übernehmen die musikalische Gestaltung der Feldmesse. Goldhaubengruppen, Kameradschaftsbünde, Vereine, Fahnenabordnungen und Jugendgruppen sind herzlichst eingeladen. Am Sonntag, dem 4. August, Kleiner Frauentag, ist um 14.30 Uhr eine Marienandacht.

zirkskalender und die Monatszeitschrift „Aus heimatlichen Bergen“ fehlten in keinem Haushalt von Bensen und Umgebung. Aber Rauch wollte mehr für seine Stadt tun. Er wirkte kommunalpolitisch als Stadtrat und griff dadurch wirkungsvoll in die Geschichte der Stadt Bensen ein. 1938 wurde er zum Bürgermeister der Bezirksstadt Bensen gewählt, in jener Zeit also, da die Heimat in Not war. Alle diese Verdienste konnten Rudolf Rauch nicht vor dem Schicksal der Vertreibung aus der Heimat bewahren. Es sagt sich leicht, daß Stadtroda ihm eine neue Heimat wurde. Zutiefst in seinem Herzen blieb das Sehnen nach seinem Bensen, den Freunden, seinen Lesern. Natürlich schrieb er auch in Stadtroda Geschichten, Lieder, Novellen und Abhandlungen. „Traute Heimatstadt“, „Zwei weiße Birken“, „Ein Schloß sank in Trümmer“ und vieles mehr. Kein Stadtrodaer konnte ahnen, daß am Tage seines Begräbnisses im Dezember 1973 auf dem St.-Jakobs-Friedhof die Fahnen in seiner Heimatstadt Bensen auf Halbmast standen und so seine Heimatgemeinde ihren geliebten Alt-Bürgermeister und Heimatschriftsteller Rudolf Rauch ehrte. Vertriebenenschicksal. U. M.

Erfreuliche Ergebnisse einer Meinungsumfrage über die Sudetendeutschen:

Teures Eigentor des „Spiegel“

Pünktlich zum Sudetendeutschen Tag hatte das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ einen nicht eben sehr freundlichen Artikel über die Sudetendeutschen veröffentlicht, in dem auch Zahlen aus einer Meinungsumfrage des EMNID-Instituts abgedruckt wurden. Der Sudetendeutschen Landsmannschaft gelang es, vom „Spiegel“ die vollständige Umfrage zu erhalten. Sie erhält viele überraschende und erfreuliche Ergebnisse.

EMNID befragte zwischen 6. Februar und 27. April dieses Jahres nicht weniger als 3525 Bewohner Bayerns, ob sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern aus dem Sudetenland stammten. 418 (13,1 Prozent) bejahten diese Frage für sich bzw. für ihre Vorfahren. Weitere 6,8 Prozent machten keine Angabe. Unter den über 60jährigen taten dies nur 1,4 Prozent, unter den 18- bis 24jährigen dagegen 7,9 Prozent. Offenbar besteht bei den Jüngeren manchmal Unsicherheit über die Herkunft der Eltern oder Großeltern oder sie zögern, wenn nur ein oder zwei Großeltern aus dem Sudetenland kommen.

13,1 Prozent Menschen sudetendeutscher Herkunft, das sind auf Bayern bezogen 1,56 Millionen Sudetendeutsche, was eine erstaunlich hohe Zahl ist. (Geht man davon aus, daß ein großer Teil derjenigen, die keine Angaben gemacht haben, zumindest teilweise sudetendeutscher Herkunft ist, erhöht sich diese Zahl sogar auf bis zu 2,4 Millionen Sudetendeutsche in Bayern.) Der so ermittelten Stichprobe von 418 Sudetendeutschen stellte EMNID dann eine Reihe weiterer Fragen. 8,2 Prozent sagten, sie seien in der SL organisiert. In absoluten Zahlen wären dies rund 128.000 Menschen, was überraschenderweise um einiges über den tatsächlichen Mitgliederzahlen liegt. Offenbar wurde diese Frage also auch von vielen nicht selbst organisierten Familienangehörigen und von Mitgliedern der mit der SL verbundenen sudetendeutschen Vereinigungen bejaht. Viele organisierte Sudetendeutsche werden diese Frage aber auch korrekt verneint haben, weil sie eben nicht SL-Mitglieder sind.

Interessant ist die Hochrechnung der EMNID-Zahlen auf die gesamte Volksgruppe: Nach der Vertreibung sind etwa ein Drittel aller Sudetendeutschen nach Bayern gelangt. Um die EMNID-Zahlen realistisch auf alle Sudetendeutschen hochzurechnen, wäre es aber nicht korrekt, nun einfach die absoluten Zahlen zu verdreifachen. Man muß berücksichtigen, daß sich die sudetendeutsche Identität in Bayern besser erhalten hat als anderswo. Geht man sehr vorsichtig davon aus, daß heute 45 Prozent aller Menschen mit sudetendeutscher Identität in Bayern leben, kommt man zu beachtlichen 284.000 organisierten Sudetendeutschen und zu 3,5 Millionen Sudetendeutschen insgesamt. Lebten nur 40 Prozent aller Sudetendeutschen in Bayern, käme man gar auf 3,9 Millionen Sudetendeutsche, mit 320.000 Organisierten! Schon an dieser Stelle wird klar, warum der „Spiegel“ von 25 Fragen der Untersuchung nur drei abdrucken wollte und selbst die nur selektiv. Bezieht man die Anteile 40 Prozent bzw. 45 Prozent dagegen auf die oben genannte „Maximalzahl“ von 2,4 Millionen Sudetendeutschen in Bayern, kommt man gar auf eine Gesamtzahl von 5,3 bis 5,9 Millionen Menschen sudetendeutscher Abkunft.

Die parteipolitischen Präferenzen der Sudetendeutschen in Bayern entsprechen offenbar ziemlich genau denen der Gesamtbevölkerung.

In der Umfrage erklärten 32,9 Prozent keine Parteienpräferenzen bzw. bezeichneten sich als Nichtwähler. Unter den übrigen bekundeten 52 Prozent Sympathien für die CSU, 32 Prozent für die SPD, 10,5 Prozent für die Grünen, 3 Prozent für die F.D.P., nur 2 Prozent für die Republikaner und weniger als 0,5 Prozent für die PDS. Dieses Ergebnis überrascht, sagt man doch den Sudetendeutschen in Bayern deutliche Sympathien für die CSU nach. Freilich steigt der Zustimmungsgang zur CSU mit dem Grad an sudetendeutscher Aktivität bzw. Zustimmung zur SL. Die bewußten Sudetendeutschen sind allemal eine Stammwählergruppe der Konservativen.

9 Prozent der Sudetendeutschen in Bayern nehmen regelmäßig an sudetendeutschen Veranstaltungen und Treffen teil, 17 Prozent tun dies selten. Hier die erste faustdicke Überraschung: 25 Prozent der 18- bis 24jährigen Sudetendeutschen in Bayern nehmen regelmäßig an sudetendeutschen Veranstaltungen teil.

Etwas über 28 Prozent fühlen sich von der SL in ihren Interessen vertreten, 54 Prozent haben dies verneint und knapp 18 Prozent machten keine Angabe. Den höchsten Zustimmungsgang gab es bei den über 60jährigen (42 Prozent), den zweithöchsten wiederum bei den jüngsten Befragten, den 18- bis 24jährigen (28 Prozent). Aber selbst hinter den 54 Prozent Ablehnenden verbergen sich in Wirklichkeit vor allem Gleichgültige oder Uninformierte: Nur 15 Prozent von ihnen, also 8 Prozent von allen Sudetendeutschen in Bayern, erklärten auf Nachfrage, daß die SL falsche Ansichten (13,5 Prozent) oder schlechtes Personal (1,6 Prozent) habe. Die übrigen 85 Prozent (also 46 Prozent von allen) nannten als Begründung Verlust des Bezugs (25 Prozent), fehlendes Interesse (20 Prozent), Verlust des Kontaktes (10 Prozent) oder Informationsmangel (4 Prozent); 27 Prozent konnten ihr Nein überhaupt nicht begründen (weiß nicht / keine Angabe). Insgesamt also fühlen sich 28 Prozent von der SL vertreten, 8 Prozent ausdrücklich nicht und 64 Prozent sind in der einen oder anderen Form gleichgültig. Mit diesen Zahlen kann die SL gut leben. Sie zeigen aber auch, daß durch Werbung und öffentlichkeitswirksame Aktionen wohl noch manche Zustimmung zu gewinnen wäre. Dies gilt gerade für die Jüngsten: Unter ihnen begründeten 25 Prozent ihr Nein mit Informationsmangel, 40 Prozent mit „weiß nicht“ oder keine Angabe, dagegen nur 14 Prozent mit fehlendem Interesse. Hier ist eine Zielgruppe, deren Einstellung zum Thema Vertreibung offenbar stark durch den Jugoslawien-Krieg geprägt wurde und die die SL nur endlich einmal „beackern“ müßte.

Hoherfreulich auch die Zahlen zur Rückkehrbereitschaft: Die Frage „Würden Sie gerne wieder in Ihrer alten Heimat oder der Heimat Ihrer Eltern leben, wenn dies möglich wäre?“ bejahten 9,9 Prozent der Befragten. In absoluten Zahlen wären dies über 150.000 bedingt rückkehrwillige Sudetendeutsche in Bayern und sogar über 340.000 (bzw. fast 390.000) Rückkehrwillige insgesamt (je nachdem, ob man für Bayern einen Anteil von 45 oder von 40 Prozent annimmt). Es zeigt etwas von den Manipulationen des „Spiegels“, daß er gerade dieses Ergebnis („85 Prozent wollen nicht zurück“) als Mißerfolg der SL auszugeben versucht hat. Natürlich hat der „Spiegel“ auch verschwiegen, daß unter den 18- bis 24jährigen sensationelle 24,7 Prozent diese Frage bejahen. Diese Zahl ist eigentlich nur dadurch nachvollziehbar, daß

sie sich ja nur auf diejenigen unter den 18- bis 24jährigen bezieht, die von sich selbst sagen, daß sie aus dem Sudetenland stammen und nicht auf die zweifelloso größere Zahl derjenigen, die zwar eine sudetendeutsche Großmutter haben, dies aber möglicherweise gar nicht wissen oder dennoch (zulässigerweise) die Eingangsfrage verneint haben. Auch ist zu sehen, daß das Haupthindernis für eine Rückkehr, die fehlenden deutschen Schulen, für diese Altersgruppen kein Problem ist: Sie haben die Schule selbst hinter sich und noch keine Kinder im schulpflichtigen Alter. Möglicherweise wäre vice versa die Rückkehrbereitschaft bei den anderen Altersjahrgängen entsprechend größer, wenn es deutsche Schulen gäbe – die erste Forderung eines Volksgruppenrechts. – Gewiß wäre die Rückkehrbereitschaft noch um einiges größer, wenn den Rückkehrwilligen in der Tschechischen Republik ein Volksgruppenrecht gewährt würde oder gar eine realistische Möglichkeit, altes Eigentum zurückzugewinnen. Immerhin haben in der Umfrage 46 Prozent der Rückkehrwilligen erklärt, sie würden dafür sogar auf die deutsche Staatsangehörigkeit verzichten und stattdessen die tschechische annehmen, 48 Prozent lehnten dies ab. Merkwürdigerweise ist die Bereitschaft zur Aufgabe des deutschen Passes bei den weniger Gebildeten (58 Prozent) und den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluß (41 Prozent) besonders hoch, bei den Menschen mit mittleren Abschlüssen dagegen gering (18 Prozent). Hier berühren sich offenbar in merkwürdiger Weise die beiden Pole „besondere Heimatverbundenheit“ der einfachen Leute und „besonders große Mobilität“ der Gebildeten.

18 Prozent bejahten die Frage „Fordern Sie von den Tschechen Entschädigung für enteignetes Eigentum?“, 76 Prozent sagten nein. Die Fragestellung ist natürlich tendenziös, denn so zugespitzt wird die Eigentumsfrage nicht einmal von der Landsmannschaft selbst formuliert. Für den „Spiegel“ war dies ein Anlaß, zu schreiben, drei Viertel lehnten die Haltung der SL zur Eigentumsfrage ab. Aber hier ist noch etwas anderes zu sehen: Die Eigentumsfrage muß sich 50 Jahre nach dem Geschehen gewiß überwiegend auf das Immobilieneigentum beschränken. Tatsächlich hatte aber nur etwa jeder sechste oder siebente Sudetendeutsche Immobilieneigentum. Das paßt genauso gut zum Ergebnis der Umfrage, wie die wiederholte Erklärung der SL, daß Eigentumsfragen nicht im Vordergrund stehen. Das Problem tendenziöser Fragestellungen zeigt sich auch bei den folgenden Fragen: 29 Prozent der Befragten erklärten, die Zahlung von Entschädigungen sollte zur Bedingung der Aussöhnung gemacht werden, 54 Prozent lehnten dies ab. Gewiß hätte sich ein ungleich höherer Anteil für zumutbare und gemeinwohlverträgliche Wiedergutmachungsleistungen und für einen gerechten Ausgleich in der Eigentumsfrage ausgesprochen, wenn nur danach gefragt worden wäre. 34 Prozent erklärten, die Entschädigung tschechischer NS-Opfer durch Bonn solle von einem Entgegenkommen Prags gegenüber den Vertriebenen abhängig gemacht werden, 46 Prozent lehnten dies ab. Auch diese Frage hätte man neutraler formulieren können. Schließlich ließ der „Spiegel“ fragen: „Tschechiens Präsident Havel hat sich schon vor einigen Jahren für die Vertreibung entschuldigt. Ist es jetzt an der Zeit, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen?“ Wer wagt es, eine so gestellte Frage zu

verneinen? 83 Prozent der befragten Sudetendeutschen haben diese Frage bejaht, 11 Prozent haben sie verneint. Wer weiß denn auch im einzelnen, daß Havel selbst in den Jahren 1989/90 eine eigentliche Entschuldigung vermied und seine respektablen Worte von damals inzwischen praktisch widerrufen hat? Die Frage ist also nicht nur tendenziös, ihre Prämisse ist schlicht falsch. Das Ergebnis ist eine völlig nichtssagende Antwort, die übrigens ja bereits mit den Ergebnissen der zuvor gestellten Fragen („Entschädigung als Bedingung der Aussöhnung“) in absolutem Widerspruch steht. Für den „Spiegel“ ein Grund zum Jubeln, für uns schlicht ein Beleg unverantwortlicher journalistischer Manipulation.

Die letzte Frage galt den Besuchen in der Heimat: 19 Prozent besuchen sie regelmäßig, 27 Prozent selten, 15 Prozent waren erst einmal dort, 37 Prozent noch nie. Auch hier wieder das größte Interesse bei den Alten (32 Prozent häufig, 33 Prozent selten) und bei den Jüngsten (je 25 Prozent häufig und selten).

Ein Landsmann, der sich beruflich damit beschäftigt, schätzte die Kosten dieser Umfrage auf mindestens DM 100.000,-. Womöglich wollte der „Spiegel“ seinen ganzen Artikel um das – seiner Erwartung nach für uns ungünstige – Zahlenwerk herum bauen. Die Zahlen waren dann anders, für den „Spiegel“ (mit seiner offenbar vorgefertigten Meinung) weitgehend unbrauchbar. Die Polemik gegen die SL mußte anders aufgezoogen werden, etwa mit dem hochintelligenten Schlußgedanken, daß es mit der SL bald bergab gehen müsse, wenn erst die Motten damit begonnen hätten, die alten Trachten anzuknabbern.

Die Pressestelle der SL war übrigens an der Veranlassung der Meinungsumfrage nicht ganz unbeteiligt: Der (Haupt-)Verfasser des „Spiegel“-Artikels, Hans-Ulrich Stoldt, hat bei einem ausführlichen Informationsgespräch am 8. Februar in München viele sehr spezifische Fragen etwa zur Rückkehrbereitschaft der Sudetendeutschen, zu ihrer inneren Struktur, ihrem Organisationsgrad und zur Frage, ob die Masse der Sudetendeutschen sich durch die SL vertreten fühlt, gestellt. Ich habe diese Fragen so gut es ging beantwortet, wobei bei dem „Spiegel“-Redakteur Skepsis unverkennbar blieb. Schließlich habe ich vorgeschlagen, der „Spiegel“ könne doch eine Meinungsumfrage durchführen. Einige der diskutierte Fragen tauchten darin dann fast wörtlich wieder auf. – Meine damaligen Antworten waren übrigens: Zahl der organisierten Sudetendeutschen insgesamt etwa 250.000, davon in Bayern knapp die Hälfte; nach der Umfrage jetzt: etwa 300.000. Zahl der Rückkehrwilligen bei langfristiger Betrachtung und guten Rückkehrbedingungen (Volksgruppenrecht) über 100.000; nach der Umfrage jetzt: 350.000. Anteil der Sudetendeutschen, die die Politik der SL ausdrücklich ablehnen: Schwer zu schätzen, aber nicht allzu hoch, da ausdrücklicher Widerspruch von Sudetendeutschen gegen die Sudetendeutsche Landsmannschaft nur selten wahrzunehmen ist (Selbit, Grünbeck und – mit Einschränkungen – Glotz als eher seltene Ausnahmen), dagegen viele Gleichgültige. Nach der Umfrage jetzt: 8 Prozent Ablehnung und 64 Prozent Gleichgültige.

Fazit: Für den „Spiegel“ ein teures Eigentor, für uns neue Argumente von absolut glaubwürdiger, da gewiß nicht mit uns verbundener Seite.

Konrad Badenheuer
(EMNID im Auftrag des „Spiegel“)

Festprogramm für das 48. Bundestreffen der Südmährer

in Geislingen/Steige vom 26. bis 28. Juli 1996

Freitag, 26. Juli 1996: 15 Uhr: Kranzniederlegung am Ostlandkreuz und am Grab des 1. Landschaftsbetreuers Josef Löhner. 16 Uhr: Sitzung des Südmährischen Landschaftsrates im Sitzungssaal des Alten Rathauses. 20.30 Uhr: Sommerserenadenkonzert der Südmährischen Sing- und Spielschar im Schloßhof Geislingen-Eybach, Eintritt DM 10,-.

Samstag, 27. Juli 1996: 9 Uhr: Kreistage im Michelberg-Gymnasium. 11 Uhr: Landschaftstag, Aula des Michelberg-Gymnasiums. 13.30 Uhr: Sitzung des Patenschaftsrates im Michelberg-Gymnasium. 14.30 Uhr: Festliche Eröffnung des 48. Bundestreffens in der Aula des

Michelberg-Gymnasiums. Grußworte: Oberbürgermeister Martin Bauch, Geislingen; Staatssekretär Gustav Wabro, MdL, Landesregierung Baden-Württemberg; Kreisvorsitzender des BdV, Günter F. Rudat; Verleihung des Südmährischen Kulturpreises. 17.30 Uhr: Klemens-Maria-Hofbauer-Gedächtnisgottesdienst in der Pfarrkirche St. Maria, Geislingen-Altenstadt. 20 Uhr: Konzert der Südmährischen Sing- und Spielschar in der TVA-Halle, anschließend findet ein gemütliches Beisammensein im Festzelt statt.

Sonntag, 28. Juli 1996: 8.30 Uhr: Festgottesdienst. Hauptzelebrant und Predigt: Prälat

Prof. Dr. Joachim Angerer, Geras, in Konzelebration mit Pfarrer Edgar Briemle und den Heimatpriestern. Totenehrung. 10 Uhr: Kundgebung. Festredner: Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren Eduard Lintner; Großes Heimattreffen der Ortsgemeinschaften. 14 Uhr: Treffen der „Jüngeren Generation“ im Musiksaal der Lindenschule.

In seinen Grußworten sagte Landschaftsbetreuer Franz Longin unter anderem: Willkommen zum 48. Bundestreffen der Südmährer in Geislingen. Im 51. Jahr nach der Vertreibung und das 48. Mal treffen sich die Südmährer in Geislingen. Unsere heimatpolitische Situation

ist durch die sogenannte Schlußstrichdiskussion gekennzeichnet. So soll versucht werden, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Dieses wird und kann der CR nicht gelingen, weil schon dieses Unterfangen wieder eine neue Unmoral darstellt und einer Kulturnation unwürdig ist. Nur ein Bekenntnis zur historischen Wahrheit wird ihr letztendlich helfen, in den Kreis der freien europäischen Staaten einzutreten und unabhängig von rechtlichen Erklärungen und Finten eine geläuterte Haltung zu demonstrieren.

„Südmähren lebt!“, kommen Sie und zeigen Sie, daß es so ist. Franz Longin

Nach 51 Jahren

„Genozid verjährt nicht - Wiedergutmachung ist möglich“

(Felix Ermacora zum Völkerrechtsgutachten „Die Sudetendeutschen Fragen“ für die Bayerische Staatsregierung*)



Reden und Aufsätze von Herbert Czaja aus 25 Jahren. Ein Kompendium zur Ost- und Deutschlandpolitik, sowie ein Einblick in die politischen Ziele des Autors.

Herbert Czaja
Unsere sittliche Pflicht
Leben für Deutschland
352 Seiten, 8 Seiten Abb. · DM 34,--
Langen Müller



40 Jahre nach Verkündung der -Charta der deutschen Heimatvertriebenen- hat die zentrale Forderung nach Verwirklichung des Rechtes auf Heimat nichts an Aktualität verloren.

Hartmut Koschyk (Hrsg.)
Das Recht auf Heimat
Ein Menschenrecht
216 Seiten · DM 34,-- · Langen Müller



Kenntnisreiche Analyse der historischen und politischen Elemente und Faktoren, Kräfte und Konstellationen, die zu der Potsdamer Konferenz 1945 führten.

Wenzel Jaksch
Europas Weg nach Potsdam
Ein Menschenrecht
534 Seiten · DM 58,--
Langen Müller



Bis heute wurde seitens der Tschechischen Republik den vertriebenen und enteigneten Sudetendeutschen keine Entschädigung für ihr konfisziertes Vermögen zugestanden.

Theodor Veiter
Kein Schlussstrich!
Die Sudetendeutschen und die Tschechen
236 Seiten · DM 29,80
Amalthea



Eine gründliche Untersuchung der für die Gegenwart entscheidenden 100 Jahre der böhmischen Geschichte.

Friedrich Prinz
Geschichte Böhmens 1848-1948
480 Seiten, 16 Seiten Bildteil mit 36 Abb.
DM 48,--
Langen Müller



Die Lebenserinnerungen eines bedeutenden Zeitzeugen dieses Jahrhunderts als Vertriebener, objektiver Politiker und beobachtender Publizist.

Walter Becher
Zeitzeuge
496 Seiten mit 51 Abb. und Dokumenten
DM 48,--
Langen Müller



Spurensuche in der Tschechoslowakei - Ein Appell, die Feindseligkeit zwischen Tschechen und Deutschen zu begraben.

Ota Filip
Die stillen Toten unterm Klee
Mein Wiedersehen mit Böhmen
2. Auflage · 224 Seiten · DM 29,80
Langen Müller



Keine Geschichte der Slowakei, sondern eine Geschichte der Beziehungen seiner Bewohner zueinander. 800 Jahre: deutsches Kulturgut in der Slowakei - versunken für alle Zeit?

Josef Spetko
Die Slowakei · Heimat der Völker
408 Seiten · DM 39,80
Amalthea

Das Ende der Stalinlüge

FRITZ PETER HABEL
EINE POLITISCHE LEGENDE -
Die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39

LANGEN MÜLLER

Rechtzeitig zum 47. Sudetendeutschen Tag das neue Buch
360 Seiten · DM 39,90



Ein erschütternd genau dokumentiertes Buch über den Preis der Rache, den die geschlagenen Deutschen zahlten.

Marco Picone Chiodo
Sie werden die Stunde verfluchen...
Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949
304 Seiten mit zahlr. Abb. · DM 39,80
Herbig



Das zeitgeschichtliche Dokument eines einmaligen Vorgangs.

Willi Wanka
Opfer des Friedens
Die Sudetensiedlungen in Kanada 1938/1939
350 Seiten, zahlr. Abb. · DM 39,80
Langen Müller



Ein Heimatvolk vertrieb das andere von Haus und Hof. In gesammelten Texten werden Flucht, Ausweisung und brutale Vertreibung der Sudetendeutschen dokumentiert.

Walli Richter (Hrsg.)
Letzte Tage im Sudetenland
472 Seiten · DM 44,--
Langen Müller



Eine einfühlsame Wegweisung mit Bildern, die zum erinnernden Nachdenken führen und Texten, die aus der Nostalgie zur Gegenwart und Zukunft leiten.

Jiří Gruša · Eda Kriseová · Petr Pithart
Prag
144 Seiten · DM 58,--
Langen Müller



Ein facettenreiches Bild der Stadt, umwoben von Geschichten, Sagen und Legenden und mit eigenen Erinnerungen liebevoll und ohne Groll durchsetzt.

Gerhard Scholten
Mein Prag
Erinnerungen an die Stadt meiner Jugend
216 Seiten · DM 29,80
Amalthea



Die Geschichte eines Jungen, der 1946 aus Böhmen ausgewiesen wird und in Nordhessen die bewegten Jahre bis 1952 erlebt. Ein Zeit- und Lebensbild, mit erfrischender Treffsicherheit und Unvoreingenommenheit dargestellt.

Gerold Effert
Die Zeit im Wiesengrund
296 Seiten · DM 34,--
Langen Müller



Mit dem Niedergang der Sowjetherrschaft wird der Beginn neuer Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen ermöglicht. Dieses Buch begegnet dem Nachholbedarf an Informationen über die jahrhundertlange gemeinsame Geschichte.

Fritz Peter Habel · **Die Sudetendeutschen**
261 Seiten · DM 29,80 · Langen Müller



Kritische Beurteilung von Selbstbestimmungsrecht, Recht auf die Heimat und die Vermögenskonfiskation im Zuge der Vertreibung, gemessen an europäischen Rechtsmaßstäben.

Felix Ermacora
Die sudetendeutschen Fragen
284 Seiten · DM 38,--
Langen Müller



Überzeugende Information über eine der bedeutendsten Umwälzungen in der deutschen Bevölkerungsgeschichte der Neuzeit.

Ekkehard Kuhn
Nicht Rache, nicht Vergeltung
Die deutschen Vertriebenen
368 Seiten mit 28 s/w-Abb. und zahlr. Karten, Tabellen, Zeittafel und Register · DM 38,--
Langen Müller



Dokumentation einer deutschen Kulturlandschaft zwischen Bayern und Böhmen. Eine umfassende Darstellung von Architektur, Malerei, Plastik und Kunsthandwerk in Eger und im Egerland.

Egerer Landtag/Lorenz Schreiner (Hrsg.)
Kunst in Eger
644 Seiten mit 714 Abb., davon 90 in Farbe
DM 148,-- · Langen Müller



Diese Erzählungen berichten von Menschen, die auf der Suche sind nach einem Ziel und nach ihrer Identität. Ein Buch der Erinnerung, der Suche nach einem Stück Erde in einer verwandten Seele.

Margot Ehrlich
Manchmal ist der liebe Gott nicht zu Hause
144 Seiten · DM 24,80 · Langen Müller

Europa Buchversand

Postfach 40 12 09
80791 München

Heimattagung 1996 im Böhmisches Erzgebirge

Nahezu 40 Mitglieder und Freunde des „Nordböhmischen-Heimatwerk“ e. V. trafen sich Mitte Mai zu ihrer diesjährigen Heimattagung mit Jahreshauptversammlung und Neuwahl des Vorstands in Komotau. Landsmann Stübiger empfing uns mit Vertretern der heimatvertriebenen Deutschen in den Räumen des Deutsch-Tschechischen Begegnungszentrums in Komotau und gab einen Überblick über die Arbeit für die deutsche Minderheit und die Bedeutung des Zentrums bei dem Bemühen um gutnachbarliches Zusammenleben mit tschechischen Mitbürgern und Institutionen. Der späte Abend vereinte die Teilnehmer bei einem Festessen im stilvollen Restaurant der Burgruine Hassenstein, in dessen Verlauf die Familie Neumann mit Liedern aus dem neuen „Nordböhmischen-Liederbüchel“ des Vereins erfreute.

Am folgenden Morgen führte eine Exkursion zum Erzgebirgskamm in das Begegnungszentrum in Weipert. Über die mit Spenden der heimatvertriebenen Schmiedeberger in neuem Glanz erstrahlende Kirche führte der Weg weiter zum nebelkalten Keilberggipfel, wo wir uns in der Keilbergbaude stärken konnten. Unser nächster Besuch galt dem Grab Anton Günthers in Gottesgab, um den unvergessenen Schöpfer zu Herzen gehender Heimatlieder, die zu Volksliedern geworden sind, mit dem Lied „S is Fei-

eromd...“ zu ehren. Die Rückfahrt führte uns durch Sankt Joachimsthal zurück nach Komotau, wo ein kleiner Kreis trachtenkundiger Vereinsmitglieder im dortigen Museum einen bemerkenswerten Fund in Form eines alten Mieders und eines Spensers, der ein eigenartiges Rückenteil aufweist, machen konnte, das den Namen „Komotauer Spenser“ erhalten soll, wenn der Schnitt dieser für Komotau und das Erzgebirgsvorland typischen Tracht veröffentlicht wird.

Am letzten Tag des Treffens wurden Berichte über das Vereinsgeschehen des vergangenen Jahres 1995 gegeben und Erfahrungen ausgetauscht. Schließlich fand auch die Jahreshauptversammlung statt, in der beschlossen wurde, den Sitz des Vereins nach Zittau zu verlegen und die Gemeinnützigkeit zu beantragen. Die Arbeiten am vereinseigenen Häusel in Großschönau sollen zügig fortgeführt werden, damit das Umgebendehaus nahe der Grenze zum Niederland von 1998 an für Vereinszwecke genutzt werden kann.

Bei der Neuwahl des Vorstands fiel die Beauftragung mit dem Vorsitz des Vereins auf Elisabeth Bschoch, Zwiesel und als 2. Vorsitzende (für Österreich) auf Christiane Scharb. Dipl.-Ing. Manfred Neumann wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Helmut Kneitschel

Neuigkeiten aus der Heimat

Interessant sind vor allem die Wahlergebnisse im ehemaligen Bezirk Nikolsburg, wo die ODS 26 Prozent, die CSSD 21,8 Prozent und die KSCM 13,5 Prozent der Stimmen erhalten haben. Von diesem Durchschnitt weichen natürlich Einzelergebnisse ab und es fällt auf, daß die Regierungspartei ODS in Lundenburg, Unter Tannowitz, Unter Wisternitz, Dürnholz, Pohrlitz, Auspitz, Eisgrub, Klentnitz und Bergen eine Mehrheit erhielt, in Ober Wisternitz jedoch 40 Prozent Sozialdemokraten (CSSD) und in Pulgram 31 Prozent Kommunisten die Mehrheit stellen. In Nikolsburg und Feldberg führen die Sozialdemokraten. Die Christliche Union erhielt im Bezirk 12,43 Prozent, die andere Bürgerpartei ODA 7 Prozent. Eine Zigeunerpartei erhielt 3 Prozent, die mährisch-schlesische Bewegung 2,1 Prozent, ferner gab es noch acht Parteien mit unter 1 Prozent. Zieht man die „Bürgerlichen“ zusammen, so sind das zirka 45 Prozent, die Mehrheit liegt also bei links- und nationalistischen Parteien. Hier ist keine Verständigung zu erhoffen. Ein Artikel in Moravsky JIH befaßt sich mit der Gruftkirche in Nikolsburg, deren Restaurierung je zur Hälfte vom Kulturministerium und von der Stadt bezahlt werden muß, da Frau Mercedes Dietrichstein die Ahnengruft nicht übernimmt. Auch im Schloß Eisgrub sollen weitere Restaurierungen vorgenommen werden, da von der Henry-Ford-Stiftung ein Betrag von 5000 Dollar eingegangen ist, um den Verfall beim Glashaus aufzuhalten. In einem Vier-Jahres-Plan sollen auch das Minarett, das Belvedere und die Raistenkolonnade renoviert werden. In Lundenburg wurde ein neues Hotel mit 37 Betten eröffnet. Am Schwimmbad in Nikolsburg ist 1997 endlich mit einem Baubeginn zu rechnen. Gegenwärtig wird eine Umfrage über die Benennung des Stadtplatzes durchgeführt.

Letztmaliger Aufruf zum Sommerlager in Oberndorf/Melk

Diesmal wird diese Ferienmaßnahme vom 13. bis 20. Juli in Oberndorf an der Melk (bei Purgstall) in Niederösterreich für Kinder und junge Leute im Alter von zirka neun bis 16 Jahren aus ganz Österreich durchgeführt. Auch heuer werden wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen und Mähren teilnehmen sowie karpatendeutsche und Kinder aus Siebenbürgen!

Die Teilnehmer werden wieder eine nette Woche in einer frohen Gemeinschaft bei Sport und Spiel, Baden, Wandern, Ausflügen, Romantik, Lagerfeuer usw. erleben.

Der Lagerbeitrag beträgt nur S 1750.-, die Fahrtkosten werden ersetzt! Natürlich können auch die Freunde der Kinder und jungen

Leute teilnehmen – soweit eben der Platz reicht.

In der letzten Nummer der „Sudetentpost“ gab es eine weitergehende Information, bitte dort nachzulesen. Flugblätter und weitere Informationen können bei uns angefordert bzw. eingeholt werden.

Sofortige Anmeldungen mit Geburtsdaten und allenfalls telefonischer Erreichbarkeit können auch an Hubert Rogelböck, Hietzinger Hauptstr. 140 A/1/4, 1130 Wien, (Telefon 876 70 18 – Anrufbeantworter), oder an die Lagerleitung, an: Frau Martina Grohmann, Frauengasse 16/4, 1170 Wien, Tel. 0 222/485 88 73 (privat) oder Tel. 0 222/53 1 00/ DW 1441 (Firma) gerichtet werden.

WICHTIGE MITTEILUNG!

Unser Postfach 405 in A-4010 Linz wurde aufgelassen. Bitte daher ab sofort alle Post an die Adresse „SUDETENPOST“, Kreuzstraße Nr. 7, 4040 Linz, senden.

Achtung! Frauengruppe der SLO Wien

Unsere Sommertreffen finden am Mittwoch, dem 10. Juli und Mittwoch, dem 7. August 1996, um 15 Uhr, im Restaurant „Stephan“, Auhofstraße 224, 1130 Wien, statt.

Zu erreichen: Endstelle U4, Hütteldorf, Ausgang Hadikgasse – über den Übergang (Aufzug) – dann rechts zirka 100 m, Garteneingang. Wie immer sind auch die Herren und Gäste herzlich eingeladen. Auf ein geselliges Beisammensein freut sich ihre Bundesfrauenreferentin Gerda Mayer.



„Bruna-Wien“

Heimatabend der „Bruna-Wien“ am 22. Juni 1996! Am 22. Juni 1996 war ein fürchterliches Wetter, so daß nur wirklich wetterfeste Landsleute zum letzten Heimatabend im ersten Halbjahr erschienen. Frau Anni Gottwald mit ihren 84 Jahren hielt auch bei diesem Wetter die Treue, sowie einige andere natürlich auch. Wir sprachen nochmals von unserer Gräberfahrt längs der Brünnerstraße, die wie immer die „Bruna-Wien“ ehrenvoll betreut. Weiters sprachen wir vom Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, von den Kriegsgräbern für deutsche gefallene Soldaten in Polen, von Gerd Leitgeb („Täglich Alles“) von Politikern im In- und Ausland. Eine Einladung zum Heimattag vom 20. bis 22. September 1996, wo unser Landsmann Dr. Werner Fasslabend die Festansprache hält. Am 11. Oktober 1996 wird das Haus der Heimat feierlich eröffnet. – Von unserem Schriftsteller Karl Norbert Mrasek las Frau Hennemann die nette Geschichte von der „Madonna im Feuer“ vor. Gemeint ist die Muttergottes von Wranau. Am 14. September 1996 ist wieder Heimatabend der „Bruna-Wien“, wo wir unseren Ausflug im Oktober besprechen wollen. Ich hätte etwas sehr nettes und hoffe, daß Sie damit eine Freude hätten! Der Vorstand der „Bruna-Wien“ wünscht einen wunderschönen Sommer und ein gesundes Wiedersehen am 14. September 1996.

Ingeborg Hennemann

Thaya

Veranstaltungen im Monat August 1996: Am Samstag, dem 17., Fahrt nach Znam, über Lechwitz, Taßwitz, nach Znam, zum Mittagessen im Restaurant beim Stadttheater, um 16 Uhr erste deutsche Messe in der Stadtpfarrkirche St. Nicklas, in Znam, mit den südmährischen Heimatpriestern. Am Sonntag, dem 18., um 9.30 Uhr, Znamer Treffen bei der Gedenkstätte Unter-Retzbach, Busfahrt, bitte um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft „Thaya“, Spießhamergasse 1, 1120 Wien. Am Sonntag, dem 25., um 9.30 Uhr, Südmährer-Kirtag in Niedersulz, Busfahrt, bitte um rechtzeitige Anmeldung, wie oben.

Erzgebirge-Egerland

Außer Begrüßungsworte vom Obmann und Geburtstagswünsche vom Schriftführer sowie einem Kurzbericht vom Sudetendeutschen Tag in Nürnberg von Bundesfrauenreferentin Gerda Mayer war unser Juni-Nachmittag nur auf Filmprogramm abgestimmt. Das Publikum bekam zwei aktuelle Beiträge über das gesamte Sudetenproblem, insbesondere über die schwierigen Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen zu sehen. Die Vorführer waren wieder, wie könnte es anders sein, unsere Kulturbeflissenen Gerda und Franz Mayer. Obwohl – unterbrochen durch eine Pause – zwei Filme gezeigt wurden, harrten die Besucher bis zum Ende aus. Ein Beweis: Aktu-

Ältestes sakrales Holzbauwerk in der Tschechischen Republik Die Holzkirche in Braunau

Eine besondere Sehenswürdigkeit der alten Klosterstadt Braunau in Böhmen bildet außer dem berühmten Benediktinerstift mit der Stiftskirche, die angeblich schon 1127 (nach anderen Nachrichten) 1171 angelegte, später teilweise niedergebrannte und in den Jahren 1449/50 wiederaufgebaute hölzerne Begräbniskirche „Zu unserer lieben Frau“ südöstlich der Stadt auf dem Friedhof. Der architektonisch interessante Riegelbau, welcher alte gotische Formen zeigt, soll die Kirche des Ortes gewesen sein, der sich vor der Gründung von Braunau hier befand.

Früher lag die von niederländischen Tuchmachern in der Mitte des 13. Jahrhunderts gegründete Stadt, die schon 1253 das Marktrecht und 1256 das Stapelrecht auf Wolle erhielt, zwischen der hölzernen Marienkirche und dem südlich gelegenen Ort Weckersdorf. An ihrer jetzigen Stelle wurde sie nach der Gründung des Klosters neu erbaut. Die Benediktiner kamen 1321 nach Braunau und errichteten dort 1322 eine Filiale des Klosters Brewnow.

Der Prager Dichter Karl Herloßsohn berichtet in seinem 1841 im Verlag Georg Wigand in Leipzig erschienenen Reisehandbuch „Wanderungen durch das Riesengebirge und die Grafenschaft Glatz“ von Braunau u. a.:

„Die hölzerne Kirche St. Maria vor der Stadt ist rings von Linden in der Gestalt eines Rosenkranzes umgeben. Sie soll von einer heidnischen Jungfrau, welche sich bekehrte, erbaut worden sein.“

In den Hussitenkriegen wurde Braunau und seine Umgebung von den Taboriten wie auch

von den Schlesiern gebrandschatzt. Die Hussiten verübten 1421 an den Mönchen des Klosters furchtbare Greuel, die auf einem großen Gemälde in der Stiftskirche dargestellt sind. In jenem Jahr ist auch die Begräbniskirche „Zu unserer lieben Frau“ in Brand gesteckt worden, doch blieben einige Teile von ihr erhalten.

Als man sie in den Jahren 1449/50 wieder aufbaute, wurden Bauart und Stil der alten ursprünglichen Kirche beibehalten. Seit dieser Zeit hat das Kirchlein äußerlich keine wesentlichen Umbauten mehr erfahren. 1550 mußte unter Wahrung der alten Form der Turm der Kirche erneuert werden, da dieser durch einen Blitzschlag zerstört worden war.

Als einzige bauliche Veränderung in den folgenden Jahrhunderten erfolgte 1811 die Aufsetzung des kleinen Glockentürmchens. Der historische Holzbau blieb in all diesen Jahrhunderten mit der wechselvollen Geschichte der Stadt, die hauptsächlich eine Leidensgeschichte war, eng verknüpft. Ebenso wie in den Hussitenkriegen litt Braunau schwer im Dreißigjährigen Krieg, als hier Schweden, kaiserliche Soldaten, dänische Söldner und Sachsen bei ihren unaufhörlichen Durchzügen und Kämpfen auf das entsetzlichste hausten. 1648, kurz vor Abschluß des Westfälischen Friedens, erschienen gleichsam zur Feier des 300jährigen Stadtjubiläums (Braunau erhielt 1348 das Magdeburger Stadtrecht) die Schweden zum fünften Mal vor der Stadt. Auf diese schweren Zeiten weist der sogenannte „Schwedenhieb“ an der hölzernen Friedhofskirche hin, der noch in den Jahren vor der Vertreibung den Besuchern gezeigt wurde.

SCHON ABONNIERT?

Sudetentpost

Die sudetendeutsche Zeitung,
DIE NICHT SCHÖNFÄRBT!

„Deutsche Arroganz“

In den „OÖ. Nachrichten“ vom Samstag, dem 8. Juni 1996, erschien folgender Leserbrief:

Betrifft: Treffen der Sudetendeutschen in Nürnberg.

Die Sudetendeutschen haben die Tschechen überheblich und arrogant behandelt. Sie haben Hitler und Heydrich ins Land geholt. Dafür wurden sie 1945 grausam verjagt, wobei viele Unschuldige Leben und Gut verloren. Man kann verstehen, daß die Tschechen Sorge haben, daß sich die Geschichte wiederholt. Heydrichs Untaten sind nicht vergessen. Die Sudetendeutschen werden immer wieder damit in Zusammenhang gebracht. Helga Mayerhofer, Ried/Innkreis

In Beantwortung des Leserbriefes vom 8. Juni 1996 von Frau Helga Mayerhofer „Deutsche Arroganz“ scheint es geboten, geschichtliche Irrtümer zu berichtigen. Die Schreiberin übersieht, daß es sich bei den Sudetendeutschen um ehemals österreichische Staatsbürger handelt, die 1919 mit brutaler Gewalt in den tschechischen Staat gezwungen wurden. Die erste Demonstration für den Verbleib bei Österreich endete am 4. 3. 1919 mit 54 Toten, erschossen von tschechischen Soldaten. Der Tschechenstaat hielt die Deutschen, aber auch die anderen Minderheiten (fünfzig Prozent der Bevölkerung) in kolonialer Abhängigkeit. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, an der Spitze der englische Ministerpräsident Chamberlain, erkannten die unhaltbaren Zustände in der CSR und befürworteten die Abtrennung des Sudetenlandes an Deutschland. (Münchener Abkommen). Mit der Einsetzung von Heydrich im Protektorat hatten die Sudetendeutschen nichts zu tun. Offensichtlich waren aber doch auch viele Tschechen Nutznießer dieses Regimes, sonst hätten nicht Hunderttausende in der Rüstungsindustrie für gutes Geld erstklassige Waffen für das Dritte Reich hergestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg fürchteten viele Tschechen eine Bestrafung wegen dieser Kollaboration, sie meinten, sich durch besondere Brutalität gegenüber den Sudetendeutschen bei den Siegermächten beliebt machen zu können

Sudetendeutsche Frauengruppe in OÖ.

Vertreibungswunden

Bei der Frage der Wiedergutmachung der an mehreren Millionen Deutschen von Tschechen und Polen verübten Nachkriegs-Vertreibungsverbrechen stellt sich Antje Vollmer erneut auf die Seite der Vertreiber.

Vertreibungsverbrechen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und damit völkerrechtswidrig. Somit haben auch deutsche Opfer Anspruch auf Wiedergutmachung. Der Amtseid verpflichtet die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, sich für deutsche Interessen einzusetzen, das scheint sie bei ihren Angriffen gegen die Sudetendeutsche Landsmannschaft vergessen zu haben. In ihrer Rede vom 5. Oktober 1995 in der Prager Karlsuniversität gibt sie sogar Ratschläge, mit welchen Argumenten Wiedergutmachungsansprüche materieller Art zurückgewiesen werden könnten, ein unglaublicher Vorgang, der bei den Wählern zu Konsequenzen führen wird, wie ich meine.

Verhandlungen mit der Tschechischen Republik ohne Wiedergutmachungsvereinbarungen und ohne die Einbeziehung der Opfer, so wie Prag dies möchte, könnten nicht zu der angestrebten und notwendigen Aussöhnung führen.

Es ist höchste Zeit, daß die Bundesregierung auch fordert, die tschechischen Mörder vor Gericht zu stellen, die nach dem Kriege (!) unschuldige Männer, Frauen und nicht selten Kinder umbrachten. Welches deutsche Gericht hat zum Beispiel den Zeugen Ota Filip („Meine drei Befreiungen“) zu den Prager Morden des Frantisek Vodicka an der deutschen Ärztin Dr. Birgit Hahn und ihrem Säugling Walter Hahn befragt? Wann wurden die Massenmorde an Deutschen im Hanke-Lager in Ostrau seitens der Bundesregierung

Tribüne der Meinungen

erfaßt und verfolgt? Solche Beispiele gibt es hunderte.

Hat jemals ein Bundespräsident oder Antje Vollmer selbst einen Kranz für ermordete unschuldige Deutsche in Tschechien niedergelegt? Verzichts- und Entschuldigungspolitiker haben wir bereits genug.

Eine Aussöhnung mit Prag wird erst möglich sein, nachdem die Wunden der Vertreibung geheilt sind. Franz Karl Walter

Gerechte Forderung

Die Spitzenpolitiker der CSU haben auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg nur etwas gesagt, was man eigentlich als eine Selbstverständlichkeit ansehen muß: Sie fordern von der Tschechischen Republik die eindeutige Distanzierung von den Beneš-Dekreten, die die Grundlage für unvorstellbare Verbrechen gewesen sind. Es sollte nicht vergessen werden, daß neben der barbarischen Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen 240.000 unserer Landsleute hingerichtet wurden.

Gerade wir Deutschen, die in den letzten fünfzig Jahren bewältigt und bezahlt haben, dürfen Gerechtigkeit einfordern, wenn es sich bei den Geschädigten um Angehörige unseres Volkes handelt. Wenn von der Tschechei gefordert wird, sich analog zu verhalten, kann nicht von „einem Rückfall in den Kalten Krieg und Revanchismus“ (übrigens ein Vokabel der DDR seligen Andenkens) gesprochen werden, wie es der F.D.P.-Experte Koppelin meint. Warum sich deutsche Politiker gegen die Interessen der Angehörigen des eigenen Volkes, die nicht für ein Linsengericht (Erklärung der Aussöhnung) aufgeben werden dürfen, aussprechen, wird mir stets ein Rätsel bleiben.

Wenn wir uns in EG und NATO zur „westlichen Wertegemeinschaft“ bekennen, sollte auch von Bewerbern um eine Mitgliedschaft vor einer Aufnahme verlangt werden, entsprechende Anforderungen zu erfüllen, nämlich: Garantie der Menschenrechte und damit nachträgliche Ungültigkeitserklärung der Beneš-Dekrete mit allen Folgen hinsichtlich des Heimatrechts und des Eigentums.

Heinz Raeder, Niederhausen

Die letzte „Schlacht“!

In der Zeitung „Lidove noviny“ vom 28. 5. 1996, wird diese Bezeichnung im Zusammenhang mit dem Sudetendeutschen Treffen unter dem Titel: „Das politische Ende sämtlicher Bestrebungen und der bayerische Trotz“ gebraucht! Weiter heißt es dann, Neubauer und Stoiber wissen, daß nicht einmal die geringste Hoffnung besteht, die Forderungen der Sudetendeutschen zu akzeptieren, jede tschechische Regierung würde diese ablehnen. Beide sind informiert über Bonn bzw. Kanzler Kohl, der im Prinzip längst entschieden hat und diese Entscheidung das Ende der Sudetendeutschen Landsmannschaft bedeutet! Es war die „letzte Schlacht“ einer verlorenen Sache! Der Versuch, die Verhandlungen über die deutsch-tschechische Erklärung „umzukippen“! Dieser Versuch gelang offensichtlich nicht mehr. Alle jahrelangen Bemühungen, mit den Tschechen zu einem Ausgleich, zu einer Versöhnung zu kommen, schlugen fehl! Auf die Schlußklärung kann man nun gespannt sein, sicher ist, daß diese kaum Zugeständnisse, die für die Sudetendeutschen einen „Hoffnungsschimmer“ auf ein Rückkehrrecht in ihre alte Heimat, eine Entschädigung für das geraubte Eigentum sowie eine Bestrafung der von den Tschechen verübten Verbrechen beinhalten! Vielleicht wird darin eine „vage“ Entschuldigung für das begangene Unrecht enthalten sein, mehr wohl nicht. Die Tschechen fühlen sich weiterhin stark, haben Rückendeckung durch die Siegermächte und wissen genau, daß sich diese eine „Revision“ der Potsdamer Beschlüsse nicht leisten können, sie gäben sich damit eine „Blöße“! Trotz aller

wiederholt von den Vertriebenen und auch von deutschen Politikern vorgebrachten Gegenargumente und stichhaltigen Beweise, die diese begangenen Verbrechen als menschenunwürdig, völkerrechtswidrig und inhuman brandmarken, verstanden es die Tschechen immer wieder, die Lügen in „Wahrheiten“ umzumünzen! Man sollte meinen, daß sich die deutsche Bundesregierung und mit ihr das ganze deutsche Volk geschlossen hinter einer ihrem Stamm angehörigen Volksgruppe stellt, die immerhin mehr als 3 Millionen Menschen beträgt und diese nicht im Kampf um ihre alte Heimat, in der sie jahrhundertlang lebte, voll unterstützt und sie nicht „im Regen“ stehen läßt! Dem ist leider nicht so! Lauthals wurde zwar immer wieder verkündet, daß man die Rechte der Sudetendeutschen weiterhin wahren und einfordern werde, doch es folgten bisher keine Taten.

Dabei hätte Deutschland die besseren „Trümpfe“ in der Hand, um die Tschechen damit in die „Knie“ zu zwingen, besonders jetzt, wo sie rasch in die EU und sogar in die Nato kommen wollen. Grundsätzlich ist gegen den EU-Beitritt aller mittel- und osteuropäischen Staaten, soweit es aus ökonomischen Gründen möglich ist, nichts einzuwenden. Doch im Falle der Tschechischen Republik sind es andere Schwierigkeiten, nämlich die Bereitschaft, die seinerzeitige Vertreibung der Sudetendeutschen als Unrecht, als Vergehen gegen die Menschenrechte anzuerkennen, die Beneš-Dekrete aufzuheben und den Vertriebenen das Recht auf die Rückkehr in ihre uralte angestammte Heimat zu gewähren und ihnen für das geraubte Gut Schadenersatz zu leisten! Doch diese Forderungen werden von den Tschechen, zumindest in absehbarer Zeit, nicht erfüllt werden, wo sie doch seitens der deutschen Verhandlungspartner kaum einen echten Widerstand zu fürchten haben! Sagte doch Außenminister Kinkel bei einem Interview in der tschechischen Zeitung „Pravo“ vom 10. Juni folgendes: „Ich möchte betonen, daß die gemeinsame Erklärung absolut nichts mit der „klar ausgedrückten Unterstützung Deutschlands gegenüber der CR auf ihrem Weg in die EU hat!“ Somit ist wohl einer der wichtigsten „Trümpfe“ nicht ausgespielt worden, andere Interessen gingen bevor, „die letzte Schlacht“, auf die man so viel Hoffnung setzte, ging durch die Schwächen der Bundesregierung verloren!

Auf der Strecke bleibt ein Volk, das sich von den eigenen Politikern, die es in ihre „Obhut“ nahmen, „verkauft und verraten“ fühlt und das nur mehr in Wehmut an seine geraubte Heimat zurückdenken kann!

Ing. Gustav Pittner, Langenlois

Also doch kein „Schlußstrich“?

Hinter dieser Wortkonstruktion verbirgt sich eine geniale tschechische Erfindung, nämlich eine angestrebte vertragliche Vereinbarung zwischen der BRD und Tschechien über die Annullierung des Massenmordes der Tschechen 1945 an der Sudetendeutschen Bevölkerung (241.000 Erschlagene), an der Vertreibung von 3,5 Millionen Zivilisten und an der Konfiszierung des gesamten Vermögens dieser 3,5 Millionen. Ein durchschnittlich rechtlich denkender Kopf wird diesen paradoxen Sachverhalt und Zusammenhang sowieso nicht begreifen und erst ein intensives Nachdenken über die vielen manipulierten Friedensakte der Sieger von 1945 kann einiges erahnen lassen. Angeblich wurde am Anfang den tschechischen Verhandlern eine goldene Brücke zu diesem „Schlußstrich“ gebaut und sie hätten sich zu diesem Massenmord und Raubzug 1945 nur entschuldigen müssen. Aber auch das war den Tschechen offenbar zu viel. So weit also die (berechtigten) Ahnungen und Vermutungen auf Grund von Berichten, Meldungen, Dementis usw., die von Journalisten kamen, aber zum Teil auch aus Diplomaten- und Politikerkreisen. Tatsache ist allerdings folgender nachprüfbarer und bis

dato auch offiziell unbestrittener Sachverhalt:

1. Verhandlungen zwischen der BRD und Tschechien fanden (finden?) zum Thema Sudetenland schon seit längerer Zeit statt, eine gemeinsame Erklärung der beiden Parlamente liegt aber immer noch nicht vor und wird vermutlich noch lange auf sich warten lassen.

2. Die Tschechen verlangen tatsächlich einen „Schlußstrich“ nach dem Massaker von 1945/46, die Geschichtsschreibung muß daher erst 1946 beginnen, und was vorher war, wird einfach gestrichen und kann daher nicht der Gegenstand einer Verhandlung sein.

3. Die Bonner Vertreter sind auf diese Forderung nicht eingegangen, was auch aus ihrer Erklärung hervorgeht. „... die Bundesregierung vertrete alle Bürger der BRD und es kann nicht hingenommen werden, daß die Sudetendeutschen einfach umgangen werden.“

Nach dieser sachlichen Bestandsaufnahme muß klarerweise die Frage gestellt werden, wie geht es weiter, wird weiter sachlich verhandelt? Bei der Beantwortung dieser Frage können einige Feststellungen der deutschen Presse behilflich sein. „Wenn wir die Sache realistisch betrachten, müssen wir zugeben, daß die Situation – jedenfalls von Tschechien aus betrachtet – langsam ziemlich bedenklich wird.“ Und weiter: „Die tschechischen Politiker betonen ständig, daß sie mit den Sudetendeutschen nicht verhandeln werden und verlangen Gespräche auf Regierungsebene. Als diese Forderung erfüllt war, mußten sie mit einer Bonner Feststellung eine unliebsame Überraschung hinnehmen. Die Vorstellung eines dicken ‚Schlußstriches‘ hinter der Vergangenheit stürzte damit wie ein Kartenhaus zusammen, denn Geschichte kennt nun einmal keinen Neuanfang.“

Man kann nun versuchen, aus diesen Kommentaren einen roten Faden herauszulesen, etwa folgendermaßen: Die Bonner Verhandler haben den Tschechen gegenüber eine klare Stellung bezogen, mit der diese offenbar nicht gerechnet haben. Es wird sicher weiter verhandelt, denn die Zeit drängt und läuft den Tschechen langsam davon. Vom Standpunkt der Sudetendeutschen muß gehofft werden, daß sich die BRD-Vertreter von den Tschechen nicht täuschen lassen und daß die eindeutig bezogene Stellungnahme nicht „verwässert“ wird, was faule Kompromisse zur Folge hätte.

Dipl.-Ing. Eberhard Otto, Feldkirch

Genscher und Kinkel

Der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.) schaltete sich in die laufenden Diskussionen um die deutsch-tschechische „Schlußstrich-Erklärung“ mit der Bemerkung ein, „das Erreichte werde der Geschichte gerecht“. Nun, in die letzten Verträge mit Polen und der CSFR hat er völkerrechtlich unverbindliche Absichtserklärungen der KSZE-Akte hereingeschrieben; und selbst dort, wo die Verträge etwas Substanz enthalten, bringen sie nichts (z. B. beim Schutz der Massengräber der Vertreibung). Was soll daher sein Nachfolger Klaus Kinkel (F.D.P.) jetzt aushandeln? Die von der tschechischen Regierung als „odsun“ (Abschiebung) abqualifizierte „Vertreibung mit Völkermord“ bestätigt, was eine Verunglimpfung von über 240.000 sudetendeutschen Vertreibungstoten bedeuten würde? Sollen die Überlebenden und deren Nachkommen sich vielleicht auf eine gnadenweise Einzelrückkehr als Gastarbeiter einstellen?

Die von der Sudetendeutschen Bundesversammlung in Nürnberg geforderte Unterbrechung der Regierungsverhandlungen bis zum Abschluß direkter sudetendeutsch-tschechischer Gespräche, die der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) dankenswerterweise vermitteln will, dürfen eher „der Geschichte gerecht werden“. In vielen Teilen der Welt und zuletzt in Nahost wurde dies gegenüber den Betroffenen praktiziert.

Roland Schnürch,
Mitglied des Sudetendeutschen Rates

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen.